



**Big Brother
heißt jetzt
ELENA**

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**Mai
2010**

ELENA

3 ELENA will von ArbeitnehmerInnen alles wissen

von Daniel Leisegang

5 Juristischer Hürdenlauf

Steht ELENA im Widerspruch zum verfassungsrechtlichen Grundsatz der Datensparsamkeit? – Eine Verfassungsbeschwerde soll dies klären. Interview mit Rechtsanwalt Peter Eller

7 Big Brother heißt jetzt ELENA

Ein Kommentar von Bernd Englmann-Stegner

Bundeswehr und Schule

8 Einfluss zurückdrängen – Politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften

Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom 5./6. März 2010

10 Wen oder was sucht die Bundeswehr an Schulen?

Münchner GEW gründet die Initiative »Friedliche Schule«
von Michael Schätzl

Was es sonst noch gibt

12 »... denn wir spüren eure Angst vor uns!«

»Acht.Acht« – Theater gegen Rechtsextremismus an der Fachakademie für Sozialpädagogik Hof, die als »Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage« ausgezeichnet wurde
von Nanne Wienands

14 Ticket nach unten

Was Totalsanktionen der ARGE für Betroffene bedeuten können
von Nicolas und Kerstin Griebmeier

15 Frühförderung ist eine wichtige soziale Aufgabe

Die GEW-Betriebsgruppe der Lebenshilfe Bad Tölz-Wolfratshausen geht an die Öffentlichkeit

16 Dort lernen, wo andere Urlaub machen

Eine interkulturelle Sprach- und Studienreise in die Türkei stärkt die Kompetenz von PädagogInnen

18 Erlesenes

- Mehr Glück für alle ist machbar
- Spannende Lebensläufe

Rubriken

19 Dies und Das

22 Veranstaltungen

23 Glückwünsche und Dank

24 Kontakte

Die GEW Bayern hat ab Mai 2010 geänderte Zeiten, in denen die Kolleginnen und Kollegen der Landesgeschäftsstelle telefonisch erreichbar sind:

Mo, Mi, Do und Fr: 9.00 - 12.00 Uhr, 13.00 - 15.30 Uhr
Di: 10.00 - 12.00 Uhr, 13.00 - 15.30 Uhr

Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:

Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr, Tel.: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!



... überbrachte eine Delegation der GEW unter Leitung von Ulrich Thöne und Ilse Schaad. In vielen GEW-Landesverbänden sind diese Unterschriften für eine bessere und gleiche Bezahlung angestellter Lehrkräfte gesammelt worden, teilweise gemeinsam mit dem VBE (Verband Bildung und Erziehung) und anderen LehrerInnenverbänden aus der dbb Tariffunion. Ulrich Thöne forderte den Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf, sich bei seinen FinanzministerkollegInnen für den schnellen Abschluss eines Tarifvertrages für angestellte LehrerInnen einzusetzen. Die Bundesrepublik steuere auf einen massiven Lehrkräftemangel zu. Gute Lehrkräfte müssten mit attraktiven Arbeitsbedingungen für den Beruf gewonnen werden. Dazu gehöre nicht zuletzt ein angemessenes Einkommen und gleiches Geld für gleichwertige Arbeit. Angestellte Lehrkräfte fordern in den zurzeit laufenden Verhandlungen über eine Entgeltordnung für Lehrkräfte, dass sie gegenüber anderen AkademikerInnen im öffentlichen Dienst der Länder nicht länger benachteiligt werden. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass Lehrkräfte bis zu zwei Gehaltsstufen weniger verdienen als andere Beschäftigte mit wissenschaftlichem Hochschulabschluss. »Es geht hier nicht um Peanuts, sondern um ca. 500 Euro im Monat«, sagte GEW-Verhandlungsführerin Ilse Schaad gegenüber Möllring. Sie verlangte von den Arbeitgebern, bei der nächsten Verhandlungsrunde endlich Farbe zu bekennen. Die Gewerkschaften wollen eine tarifliche Lösung für alle 200.000 angestellten Lehrkräfte. Ausbildung und Tätigkeit müssen die entscheidenden Kriterien für die Eingruppierung sein. Zudem stehe auf der Tagesordnung, die Gehälter der Lehrkräfte in den östlichen Bundesländern an die in den westlichen anzugleichen. Die GEW kündigte an, dass bei der nächsten Verhandlungsrunde deutliche Schritte der Arbeitgeber erkennbar sein müssten. Sonst würden die Gewerkschaften über öffentlichkeitswirksame Aktionen bis hin zu Streiks nachdenken.

Die nächste Verhandlungsrunde wurde für den 28. April anberaumt. Dann ist diese DDS schon gedruckt. Wir verweisen deshalb wegen aktueller Informationen auf unsere Bundeszeitung »Erziehung und Wissenschaft«.

Karin Just

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • E-Mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5389487 E-Mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Michael Köhler, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Schorsch Tillmann, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/imagebroker

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

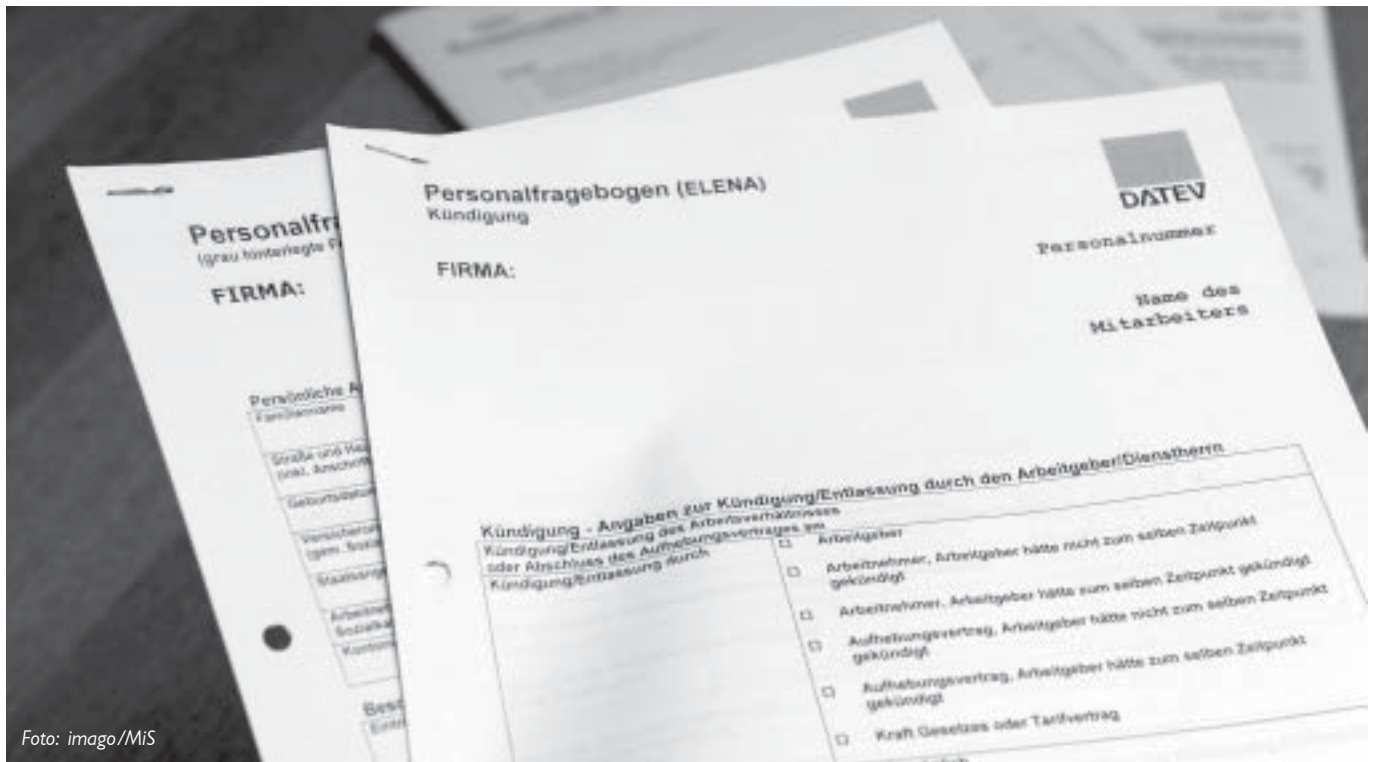
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates



ELENA will von ArbeitnehmerInnen alles wissen

»Weniger Bürokratie, mehr Effizienz« verspricht das Bundeswirtschaftsministerium vollmundig in seinem Falblatt, mit dem es für den Jahresbeginn eingeführten Elektronischen Entgeltnachweis, kurz ELENA, wirbt. ELENA soll die Einkommensdaten aller abhängig Beschäftigten – betroffen sind knapp 40 Millionen Bürgerinnen und Bürger – erfassen und zentral in einer Datenbank zusammenführen.

Fortan sollen die Arbeitgeber die Sozialversicherungsmeldungen und Beitragsnachweise an Krankenkassen monatlich zusätzlich an die Zentrale Speicherstelle (ZSS) der Deutschen Rentenversicherung weiterleiten. Das erklärte Ziel ist es, in Zukunft Sozialleistungen wie Arbeitslosen-, Eltern- und Wohngeld papierlos beantragen zu können und das Berechnungsverfahren zu beschleunigen.¹

ELENA kann jedoch nicht nur das Versprechen der »Entbürokratisierung« nicht einlösen. Entscheidend ist vielmehr, dass damit das größte Datenerfassungs- und Datenvernetzungsprojekt entstanden ist, das es jemals in der Bundesrepublik gegeben hat. Die unverhältnismäßige Datensammlung erfolgt allein auf den vagen Verdacht hin, dass der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin eines Tages eine Sozialleistung beantragen könnte.

Das Verfahren stößt daher insbesondere bei DatenschützerInnen auf massive Kritik. Sie befürchten einen unverhältnismäßigen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Infolgedessen haben mehr als 22.000 BürgerInnen im März Verfassungsklage gegen die Vorratsdatenspeicherung ELENA eingereicht.

¹ Erste Vorschläge zur Einführung des elektronischen Entgeltnachweises gehen auf die sogenannte Hartz-Kommission zurück, die 2002 das Modell der »Job Card« entwarf.

Gigantische Datensammlung

Im Detail enthalten die Datensätze unter anderem Angaben zu Einkommen, Beschäftigungsverhältnis und -zeitraum, Arbeitsstunden und Kirchensteuer, Krankheits- wie Urlaubstagen. Betroffen sind sämtliche abhängig Beschäftigten, aber auch BeamtenInnen, RichterInnen und SoldatInnen.

Fest steht bereits, dass die meisten bei der ZSS hinterlegten Daten niemals abgerufen werden. Doch damit nicht genug: Mit dem neu eingeführten Verfahren versucht die Bundesregierung zudem, an weitere sensible Daten der ArbeitnehmerInnen zu gelangen. So müssen Unternehmen ab sofort beispielsweise auch die Gründe für Abmahnungen, Fehlzeiten und Kündigungen nennen.²

Worin der Nutzen der erhobenen Informationen liegen soll, erklärt die Bundesregierung jedoch nicht. Anfangs hatte die schwarz-gelbe Koalition sogar vorgesehen, dass die Anzahl der Streiktage übermittelt wird. Gerade solche Daten könnten aber zur behördlichen Kontrolle »aufsässiger« ArbeitnehmerInnen missbraucht werden. Nach heftigen Protesten auch seitens der Gewerkschaften wird die Beteiligung an Arbeitsniederlegungen nun unter »sonstige unbezahlte Fehlzeit« aufgeführt.

Faktisch hat die Bundesregierung mit ELENA nichts weniger als eine Volkszählung für ArbeitnehmerInnen eingeführt, deren Abfrage auch noch regelmäßig alle vier Wochen wiederholt wird. Bisher wurden die Einkommensdaten dagegen erst dann von den Arbeitgebern eingeholt, wenn

² Vgl. <http://www.das-elena-verfahren.de>

sie von den Ämtern auch benötigt wurden. Zwar ist zu begrüßen, dass (ehemalige) Arbeitgeber nun nicht mehr davon erfahren, wenn einer ihrer Angestellten Sozialleistungen beantragt. Der Preis für dieses geringe Mehr an betriebsinterner Vertraulichkeit fällt allerdings dramatisch hoch aus.

Missbrauch ausgeschlossen?

Zudem dürfte die Datenbank, allein schon wegen der schier Masse privater Informationen, nicht nur auf HackerInnen und Adressenhandel große Anziehungskraft ausüben. Der Staat könnte – ähnlich wie zuvor bei den Mautdaten – die Zweckbindung der gespeicherten Daten aufheben. Wer garantiert daher, dass die staatliche Sammelwut eines Tages nicht auch Begehrlichkeiten bei anderen Behörden weckt, wenn z. B. Finanzämter Steuererklärungen mit den hinterlegten Einkommensdaten abgleichen wollen?

Um Bedenken wegen eines möglichen Missbrauchs auszuräumen, werden die Daten zwar pseudonymisiert und in verschlüsselter Form gespeichert. Der Zugriff sollte dann eigentlich nur mit dem sogenannten Zwei-Schlüssel-Prinzip möglich sein: Beantragt ein Arbeitnehmer bzw. eine Arbeitnehmerin Sozialleistungen, müssen er bzw. sie und der Behördenmitarbeiter bzw. die -mitarbeiterin mittels Chipkarten die Freigabe der Daten zeitgleich autorisieren.

Allerdings werden die Profile erst nach Eintreffen auf den Servern der ZSS codiert – eine entscheidende Schwachstelle. Zudem ist bei ELENA auch eine sogenannte Backdoor, eine Art technische Hintertür, vorgesehen, beispielsweise für den Fall, dass ArbeitnehmerInnen ihre Chipkarte verlieren. Ein Datenzugriff ist damit auch ohne die entsprechende Signatur möglich. Die alternative »Ende-zu-Ende-Verschlüsselung«, bei der ausschließlich die Chipkarte des einzelnen Bürgers und der einzelnen Bürgerin den Zugang zu den verschlüsselten Daten gewährt, wurde von der Bundesregierung nicht erwogen.

Großfeldversuch Smartcard

Aber selbst diese Vorkehrung böte noch keine ausreichende Sicherheit. Denn ELENA ist zugleich ein staatlich geförderter Großfeldversuch für eine bislang unausgereifte Chipkartentechnik – bei dem das Prinzip der Datensicherheit durch ökonomische Interessen erfolgreich in den Hintergrund gedrängt wird. Geht es nach dem Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (BITKOM), soll die Chipkarte sprichwörtlich die eierlegende Wollmilchsaue des digitalen Zeitalters werden. Mit ihr sollen BürgerInnen sich nicht nur elektronisch ausweisen, sondern auch bezahlen können.

Die Smartcard soll sogar als mobile Krankenakte eingesetzt werden. Denn auch die elektronische Gesundheitskarte (eGK) oder der neue elektronische Personalausweis (nPA) lassen sich als Signaturkarte verwenden. Gerade die eGK gilt seit Jahren als »Leuchtturmprojekt« wechselnder Regierungen – und als glückloses Vorhaben zudem. So scheiter-

ten Testläufe bereits früh am Widerstand der PatientInnen und ÄrztInnen, die datenschutzrechtliche Bedenken geltend machten.³ Und auch gegen den neuen Personalausweis formiert sich zunehmend Widerstand. Er soll ab kommenden November auf einem RFID-Chip Informationen, etwa von Fingerabdrücken, speichern.⁴ Gerade die Funktechnik RFID schützt jedoch nicht hinreichend vor einer missbräuchlichen Abfrage der persönlichen Daten und damit vor dem Diebstahl der digitalen Identität.⁵ Ungeachtet dieser Risiken lässt die Bundesregierung den BürgerInnen keine Wahl: Sie sind ab 2012 verpflichtet, sich eine Signaturkarte anzuschaffen.

Das Ende von ELENA?

Schließlich ist ELENA auch ein kostspieliges Unterfangen. Zwar verspricht die Bundesregierung den Unternehmen jährliche Einsparungen in Höhe von mehr als 85 Mio. Euro. Diese Summe wird allerdings in erster Linie größeren Unternehmen zugutekommen. Denn die monatliche Datenübermittlung bürdet insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen erheblichen bürokratischen Mehraufwand und damit zusätzliche Kosten auf.

Zu guter Letzt scheinen noch Unklarheiten bei der Höhe der Ausgaben vorzuherrschen. So schätzt das Bundeswirtschaftsministerium die Kosten für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur auf insgesamt knapp 90 Mio. Euro; die gleiche Summe dürfte darüber hinaus jährlich auf Bund, Länder und Kommunen zukommen.⁶ Das aber bedeutet nichts anderes, als dass die zugesagten Ersparnisse zu großen Teilen mit Steuermitteln gegenfinanziert werden müssen.

Das BMWi erwägt mittlerweile, Betriebe bis zu einer bestimmten Größe von der Speicherung auszunehmen. Diese kurzfristige Korrektur wird allerdings nicht ausreichen, um die zahlreichen Probleme von ELENA zu lösen. Entscheidend ist vor allem, dass der Elektronische Entgeltnachweis eben jene Prinzipien der Datensicherheit, Verfahrenstransparenz und Kontrolle verletzt, die das Bundesverfassungsgericht erst kürzlich in seiner Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung nachdrücklich gestärkt hat.⁷

Dies alles führt die Ziele von ELENA gänzlich ad absurdum. Die Bundesregierung aber muss sich daher fragen lassen, ob Datensparsamkeit dem propagierten Bürokratieabbau nicht weit mehr gedient hätte.



von Daniel Leisegang

Politikwissenschaftler, Redakteur der Zeitschrift »Blätter für deutsche und internationale Politik«

Ein ähnlicher, aber längerer Artikel unseres Autors erscheint in der Mai-Ausgabe der »Blätter«. Siehe auch: www.blaetter.de

³ Elke Steven: Der gläserne Patient und seine Karte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2007, S. 407-411

⁴ Christine Schulzki-Haddouti: Digitaler Identitätsnachweis. Der elektronische Personalausweis soll Sicherheit und Komfort bringen. In: c't, 2/10, S. 18-19

⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.2010

⁶ Vgl. Handelsblatt, 05.04.2010

⁷ Vgl. Ralf Bendrath: Digitale Bürgerrechte – von Karlsruhe nach Brüssel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2010, S. 16-19

Juristischer Hürdenlauf

Steht ELENA im Widerspruch zum verfassungsrechtlichen Grundsatz der Datensparsamkeit? – Eine Verfassungsbeschwerde soll dies klären.

Seit dem 1.1.2010 sind Arbeitgeber dazu verpflichtet, monatlich im Rahmen des Elektronischen Entgeltnachweises (ELENA) Daten über ihre Beschäftigten an eine zentrale Speicherstelle (ZSS) in Würzburg zu übermitteln. Datensätze von 40 Mio. Menschen sollen dort zukünftig zentral gespeichert werden.

Der Verein FoeBud e. V. reichte nun Ende März 2010 eine Verfassungsbeschwerde gegen ELENA ein. 22.005 Menschen, die FoeBud e. V. eine Vollmacht erteilt hatten, unterstützen diese Verfassungsbeschwerde.

Dorothea Weniger sprach für die DDS mit dem Rechts- und Fachanwalt Peter Eller aus München über die juristischen Eingriffsmöglichkeiten gegen ELENA.

Peter Ellers Spezialgebiete sind Steuer-, Medien-, und Internetrecht. Er ist Autor mehrerer Fachbücher, u. a. zur digitalen Betriebsprüfung, und Sprecher des Landesarbeitskreises Demokratie und Recht der GRÜNEN in Bayern.



DDS: Das Hauptargument der Verfassungsbeschwerde gegen ELENA ist, dass es sich dabei um eine Vorratsdatenspeicherung handelt. Teilen Sie diese Meinung?

Peter Eller: Ja, bei ELENA handelt es sich schon deshalb ganz klar um eine Vorratsdatenspeicherung, weil die meisten erfassten Daten für die angekündigten Zwecke gar nicht benötigt werden.

Anfang März dieses Jahres wurde vom Verfassungsgericht die Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten für verfassungswidrig erklärt, da es sich auch dort um eine Vorratsdatenspeicherung handelt. Kann dieses Urteil und die Begründung dazu ausnahmslos auf ELENA übertragen werden?

Nein, ein Unterschied ist, dass aus kriminaltaktischen Gründen vorab kein betroffener Bürger etwas davon erfährt, wenn staatliche Stellen auf seine gespeicherten Telekommunikationsdaten zugegriffen hätten. Bezüglich ELENA schreibt der Gesetzgeber dagegen nicht nur die Verschlüsselung der Datensätze vor, er bestimmt auch, dass der betroffene Bürger mitwirken muss, wenn eine Behörde seine Daten abrufen möchte.

Demgegenüber stellt aber die Speicherung der ELENA-Daten in einem einzigen Rechenzentrum eine massive Datenzentralisierung dar. Es wäre leicht gewesen, eine dezentrale Lösung zu finden, die mit den technischen Mög-



lichkeiten der Zeit Schritt hält. Durchgesetzt haben sich bei ELENA jedoch die, die zentralistische und bürgerrechtsferne Lösungen favorisieren.

Welche Chancen geben Sie der Verfassungsbeschwerde gegen ELENA?

Wenn das Bundesverfassungsgericht an seiner bürgerfreundlichen, staatskeptischen Rechtsprechung festhält, müsste das ELENA-Gesetz im Rahmen einer Normenkontrollklage ohne Wenn und Aber als verfassungswidrig verworfen werden. Denn es macht meines Erachtens keinen Unterschied, ob wie beim Volkszählungsurteil über anonymisierte Personendaten zu urteilen war oder wie beim ELENA-Gesetz über verschlüsselte. In beiden Fällen gilt der verfassungsrechtliche Grundsatz der Datensparsamkeit: Nur Daten, die wirklich gebraucht werden, dürfen elektronisch gespeichert werden. Den neuen Trick des Gesetzgebers »Wir verschlüsseln die Daten und dürfen diese dann unbegrenzt sammeln« sollte das Bundesverfassungsgericht eigentlich durchschauen.

Bürgern oder Verbänden steht nun aber eine Normenkontrollklage nicht zu Gebote. Bei Verfassungsbeschwerden muss der Bürger hingegen durch das Gesetz direkt in seinem informationellen Selbstbestimmungsrecht verletzt sein. Anders als bei den bisherigen Entscheidungen des

Bundesverfassungsgerichts geht es bei ELENA jedoch nicht um Freiheits-, sondern in erster Linie um Teilhaberechte: Der Bürger, der sich einerseits gegen die Sammlung seiner Daten wehrt, will andererseits aber berechtigt bleiben, die vorgesehenen Leistungen zu erhalten. Kein Mensch würde vorab darauf unwiderruflich verzichten, um den Behörden jeden Grund für die zentrale Sammlung seiner Einkommensdaten zu nehmen. Es geht also im Kern darum, ob Bürger den staatlichen Behörden verfassungsrechtlich vorschreiben können, wie diese die Leistungszuteilung technisch abwickeln. Ich bin deshalb skeptisch, was die Erfolgsaussichten angeht.

Wird denn bis zum Verfassungsgerichtsurteil das Speichern der Daten ausgesetzt?

Nein. Die Klage enthält meines Wissens keinen Antrag auf einstweilige Anordnung der Aussetzung des ELENA-Gesetzes.

Sollte die Verfassungsbeschwerde abgelehnt oder negativ beschieden werden, kann man dann noch juristisch gegen ELENA vorgehen?

Ja, wenn die Verfassungsrichter die betroffenen Arbeitnehmer darauf verweisen, den Rechtsweg auszuschöpfen. Dann sind zwar arbeitsrechtliche Klagen denkbar. Diese sind jedoch zum Scheitern verurteilt, weil die Arbeitgeber gesetzlich zur Datenübermittlung verpflichtet sind. Auch die Arbeitgeber haben mangels Betroffenheit kein Klagerecht, auch wenn sie ELENA für eine verfassungsrechtliche Todsünde halten, da ihre eigenen persönlichen Daten nicht übermittelt werden.

Nach § 103 Abs. 4 SGB IV hat jeder abhängig Beschäftigte einen »Anspruch auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten.« Dieses Recht kann wohl erst ab 2012 gewährt werden, was vom Bundesrat bereits am 12.2.2010 gerügt wurde. Wäre dies nicht schon Grund genug, um ELENA juristisch stoppen zu können?

Diese Frage müsste man einem Sozialrechtler stellen. Aber zu den Rahmenbedingungen kann ich sagen: Im Prinzip ist der Auskunftsanspruch nicht ausgeschlossen, sondern nur um bis zu zwei Jahre verschoben worden. Die verschlüsselten Daten werden erst ab dem 1.1.2012 von den zuständigen Behörden zusammen mit den künftigen Leistungsantragstellern durch eine gemeinsam veranlasste elektronische Signierung abgerufen. Offen ist allerdings, und

dies bemängelt der Bundesrat zu Recht, ob und wie Arbeitnehmer ohne konkreten Leistungsantrag die von ihnen gespeicherten Daten einsehen können. Ein Gesetzesmangel, der zeigt, dass die Technokraten, die bei ELENA federführend waren, den Bürgerrechten sehr wenig Bedeutung beimessen.

Kritiker sagen, die ELENA-Daten könnten Begehrlichkeiten bei anderen Behörden wecken. Kann die Regierung diesen Begehrlichkeiten ohne Gesetzesänderungen nachgeben?

Der Gesetzgeber hat dazu bereits erklärt, dass das Abrufen der über ELENA gespeicherten Daten für die Erteilung der derzeit fünf staatlichen Leistungen im Bereich des Arbeitslosen-, Wohn- und Elterngeldes nur der Einstieg ist. Tatsächlich wird mit ELENA ein Leitbild der elektronischen Verwaltung verfolgt. Jede staatliche Leistung soll in Zukunft von der Abfrage eines zentralen Bürgerdaten-Supercomputers abhängen. Wer dies leugnet, ist entweder naiv oder streut bewusst Sand in die Augen der Bürger. Selbstverständlich bedürfen die Erweiterung des Datenbestandes und dessen Nutzung für andere staatliche Leistungszuteilungen eines förmlichen Gesetzes. Wie geräuschlos

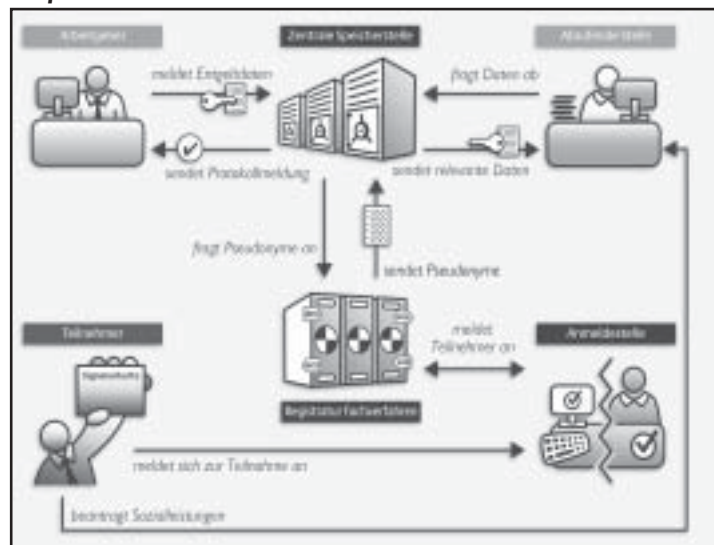
dies in Berlin vonstattengeht, ohne dass die Bevölkerung ausreichend darüber informiert wird, zeigt die Historie des ELENA-Gesetzes deutlich. Ich habe erst im April 2009 eher zufällig anhand einer kurzen Jubelmeldung in einer Steuerfachzeitschrift davon erfahren.

Nicht nur ELENA, auch die Überwachungsmethoden großer Konzerne machen deutlich, dass ArbeitnehmerInnen datenschutzrechtlich besser geschützt werden müssen. Deshalb fordern der DGB-Bundsvorstand und seine Mitgliedsgewerkschaften ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Welche Chance geben Sie dieser Forderung?

Die Wirtschaft wird sich mit aller Macht gegen ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz wehren. Es ist sicher auch ein gesetzgeberisch schwieriges Unterfangen, zwischen den Interessen der Arbeitgeber an Datensammlungen über ihre Arbeitnehmer und denjenigen der Arbeitnehmer auf Datenschutz abzuwägen. Von daher wird es wohl mit dieser Regierung kein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz geben.

Herr Eller, ich danke Ihnen für das Gespräch.

So funktioniert ELENA



Grafik: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Das ELENA-Verfahren

»Ein wichtiger Meilenstein zur Entbürokratisierung ist die Einführung des Elektronischen Entgeltnachweises (ELENA) zum 1. Januar 2010. ELENA vereinfacht und beschleunigt die Beantragung und Bewilligung von bestimmten Sozialleistungen. Und, ELENA macht das Bescheinigungswesen sicherer. ELENA bedeutet: Weniger Bürokratie und mehr Effizienz.« Mit diesem Text wirbt das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für die Datensammlung und -zentralisierung.

Big Brother heißt jetzt ELENA



Ein Kommentar
von Bernd Englmann-Stegner

Ist es Politik, hinter einem hübschen Namen einer schönen Frau etwas zu verstecken?

Ich würde sagen, Ja. Denn ELENA heißt »Elektronischer Einkommensnachweis« und betrifft 40.000.000 (40 Mio.) ArbeiterInnen und Angestellte in der Bundesrepublik. Von ihnen allen werden nun im Rahmen der Sozialversicherungsmeldung Namen, Geburtsdatum, Anschrift, Entgelte, Fehlzeiten sowie Abmahnungen und in den Freifeldern noch einiges mehr zentral gesammelt sowie zwangsläufig auch ausgewertet und benutzt.

Entstanden ist die Strategie der zentralen Überwachung aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in rot-grüner Regierungszeit. Sie wurde von der Kommission entwickelt, die vom Manager Peter Hartz geleitet wurde und die den Zweck hatte, die soziale Schere auseinanderklaffen zu lassen, indem sie Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt hat.

Doch genau wie bei den Kriegen im Ausland hat die große Koalition auch beim Sozialabbau in Verbindung mit dem Ausbau des Überwachungsstaats Kontinuität gewahrt. Sie hat nur den Namen von Job Card in ELENA geändert.

Diese objektiven Wahrheiten legen den Schluss nahe, dass der Staat, der die Unternehmerinteressen vertritt, gegen die Mehrheit der Bevölkerung die Messer wetzt. Daten sind Waffen, um gegen soziale Unruhen vorzugehen.



Foto: Robert Michel

Wenn also Sozialleistungen gekürzt und gleichzeitig Daten erfasst werden, so liegen die Strategien der Hartz-Kommission und ihrer Vollstrecker auf der Hand.

Doch auch wenn das Bundesgesetz bereits im Sommer 2008 vom Parlament verabschiedet wurde und seit Januar 2010 alle Daten zentral erfasst und verarbeitet werden, sollten wir das ELENA-Verfahren nicht einfach so

hinnehmen. Denn auch Bundesgesetze können grundgesetzwidrig sein und selbst wenn sie konform wären, können wir dafür sorgen, dass sie geändert werden.

Die Gewerkschaften erwägen, den Rechtsweg zu beschreiten, um das Orwell'sche Szenario zu stoppen. Was sie dazu benötigen, ist eure Unterstützung aus den Betrieben und von der Straße. Denn auch objektive Gerichtsentscheidungen unterliegen meistens dem politischen Opportunitätsprinzip.

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen,

- informiert euch noch über diesen Artikel hinaus über das ELENA-Verfahren, z. B. bei wikipedia.de (siehe auch die Hinweise unten; die Red.)
- diskutiert in euren Einrichtungen und Betrieben darüber!

■ eruiert, ob ihr als Betriebs- und Personräte dagegen vorgehen könnt!

■ macht ELENA auch auf der Straße, z. B. durch Transparente, zum öffentlichen Thema!

Das ELENA-Verfahren schadet uns allen und muss ohne Wenn und Aber weg! Und gebt nicht auf, für soziale Gerechtigkeit und gegen staatliche Repression vorzugehen. Denkt immer daran: »Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.«

Informationen und Materialien zu ELENA

- Internetseite der Betreiber der Verfassungsbeschwerde gegen ELENA: <http://www.foebud.org/>
- Umfangreiche Hintergrundinformationen: »ELENA – Bürokratieabbau oder elektronische Bürgerüberwachung?« <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4508>
- Große Auswahl an Artikeln zu ELENA: <http://www.labournet.de/diskussion/grundrechte/komm/ELENA.html>
- Individueller Muster-Antrag an Arbeitgeber zur monatlichen Übermittlung der im ELENA-Verfahren gemeldeten Daten: http://www.dgb-muenchen.de/download/2010/2010-03-23_ELENA_AN-Antrag_an_AG.pdf
- Vorschlag für den Antrag auf eine Betriebsvereinbarung zu ELENA: http://www.dgb-muenchen.de/download/2010/2010-03-23_ELENA_Vorschlag_einer_Betriebsvereinbarung.pdf
- Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie: »Das ELENA-Verfahren« <http://www.das-ELENA-verfahren.de/materialien-und-infos/offizielle-unterlagen/ELENA-broschuere-stand-november-2009>



Foto: Robert Michel

Bundeswehr und Schule:

Einfluss zurückdrängen – Politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften

Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom 5./6. März 2010

In letzter Zeit bemüht sich die Bundeswehr verstärkt um größeren Einfluss in den Schulen. Es wurden Fälle bekannt, dass Waffenschauen und Informationsveranstaltungen auf Schulhöfen und in Turnhallen stattfanden.

Kooperationsabkommen mit Landesregierungen (z. B. Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz ...) unterstützen das offensive Vorgehen der Bundeswehr. In den Abkommen wird betont, dass für Tätigkeiten in der Bundeswehr *nicht geworben* werden darf. Stattdessen werden der Bundeswehr jedoch weitreichende Möglichkeiten im Bereich der politischen Bildung/des Politikunterrichts sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und ReferendarInnen eingeräumt. Landesregierungen sagen zu, Bildungsangebote der Bundeswehr in ihren Amtsblättern und auf ihren Online-Plattformen bekanntzumachen.

Diese verstärkten Aktivitäten fallen in eine Zeit, in der die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von

NATO- und UN-Mandaten verfassungsrechtlich umstritten sind, politisch immer fragwürdiger und von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. Gleichzeitig hat die Bundeswehr Nachwuchssorgen und junge Menschen hoffen in der aktuellen Wirtschaftskrise auf die Bundeswehr als Arbeitgeber.

Die Position der GEW:

- Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der LehrerInnenausbildung, wie sie in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werden.
- Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von JugendoffizierInnen. Die GEW fordert die Landesregierungen auf,

entsprechende Passagen in den Kooperationsabkommen zu kündigen.

- Die GEW bekräftigt die Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Kultusministerkonferenz und der Vorsitzenden der Bildungs- und Lehrergewerkschaften »Aufgaben von Lehrerinnen und Lehrern heute – Fachleute für das Lernen« (Berlin 2000). Darin heißt es: »Die Zukunftsaufgaben von Bildung und Erziehung werden vor allem geprägt sein durch (...) die Sicherung von Frieden und Gewaltfreiheit.« Die GEW betont, dass Militarismus und autoritäre Strukturen in der Gesellschaft ein Problem darstellen.
- Die GEW betont: Lehrkräfte entscheiden souverän, ob sie in ihrem Unterricht externen Sachverstand hinzuziehen wollen oder nicht, denn »Lehrerinnen und Lehrer sind Fachleute für das Lernen, ihre Kernaufgabe ist die gezielte und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gestaltete Planung, Organisation und Reflexion von Lehr- und Lernprozessen sowie ihre individuelle Bewertung und systemische Evaluation.« (Gemeinsame Erklärung ...). Sie erziehen ihre Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Handeln, Kritikfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz und beteiligen sie an allen wichtigen Entscheidungen der inhaltlichen und methodischen Gestaltung des Lernens.
- Die GEW empfiehlt, JugendoffizierInnen der Bundeswehr nur dann einzuladen, wenn die notwendige politische Ausgewogenheit gewährleistet ist. Die unterschiedlichen friedenspolitischen Konzepte, die Kontroversen über die verfassungsmäßige Funktion der Bundeswehr (von der Landesverteidigung zur Interventionsarmee), die Möglichkeit des Zivildienstes sowie die verschiedenen Konzepte der internationalen Friedenspolitik müssen in gleicher Gewichtung dargestellt werden.
- Friedensorganisationen und Friedensinitiativen sind die gleichen Möglichkeiten wie der Bundeswehr einzuräumen, ihre Konzepte zu erläutern. Die GEW geht davon aus,

dass die Landesregierungen, die mit der Bundeswehr Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen haben, auch entsprechende Kooperationsvereinbarungen mit den Friedensorganisationen und Friedensinitiativen abschließen.

- Die GEW hält Exkursionen zu Informationsveranstaltungen der Bundeswehr für kein geeignetes Mittel der politischen Bildung und zur »Sicherung von Frieden und Gewaltfreiheit«. Waffenschauen und ähnliche Veranstaltungen der Bundeswehr haben auf dem Schulgelände nichts zu suchen – auch nicht an Wochenenden und während der unterrichtsfreien Zeit.
- Keine Pädagogin und kein Pädagoge und keine Schülerin und kein Schüler dürfen zur Teilnahme an und Durchführung einer Veranstaltung mit Bundeswehrangehörigen gezwungen werden.
- Die GEW lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie. Die GEW ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf. Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute für den Militärdienst wirbt. Wo dies jedoch der Fall ist, muss die Schulaufsicht entsprechend informiert und tätig werden sowie bei der Bundeswehr Beschwerde einlegen.
- Junge Menschen, die ihre berufliche Zukunft oder ihre Ausbildung bei der Bundeswehr realisieren wollen, benötigen umfassende Informationen, worauf sich ZeitsoldatInnen einlassen (z. B. Verpflichtung zu zwölf Monaten Auslandseinsatz und harte finanzielle Sanktionen bei vorzeitigem Vertragsausstieg). Zur Information gehören auch Berichte über traumatisierte HeimkehrerInnen aus Afghanistan und über diejenigen, die in einem Kriegseinsatz in Afghanistan getötet werden. Die Schule hat die Aufgabe, interessierten Schülerinnen und Schülern Hinweise zu geben, wo sie sich umfassend informieren können.

Eine Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP) macht Schule

Im Februar brachte die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP) die Ausstellung »Peace Counts – die Erfolge der Friedensmacher« wieder an eine Real- und eine Hauptschule Münchens. Die PädagogInnen arbeiteten gemeinsam mit den Jugendlichen an der Frage: Wie macht man Frieden? Die Ausstellung gibt Antworten. Und sie ermutigt die SchülerInnen, sich zu fragen, wie auch ihre eigene Welt friedlicher werden kann. Auch darauf fanden sich Antworten.

Insgesamt nahmen fast 200 SchülerInnen der 7. und 8. Klasse am Begleitprogramm teil – die Fotoreportagen aus aller Welt luden aber auch viele weitere SchülerInnen und LehrerInnen zum Schauen und Staunen ein. Am Schluss des Programms schrieben die Jugendlichen »einen Wunsch an mich« und »einen Wunsch an die Welt« auf ein Blatt Papier. Dabei kamen sehr klare Vorstellungen wie »kein Streit« und »Geld abschaffen« oder »nicht zicken« und

»keine Todesstrafen« heraus. Auch die Erwartung, »dass ich meine aggressive Art unter Kontrolle habe«, wurde niedergeschrieben, mit dem Wunsch, »dass Kinder ihre Eltern kennenlernen können«. Die häufigsten Ideen zu einer besseren Welt waren: kein Streit, keine Gewalt, weniger Waffen, weniger Krieg, Weltfrieden, Hilfe für die Armen, Respekt, Fairness, miteinander reden, Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit. Eine der Betreuerinnen, die Pädagogikstudentin Lena Schäfer, meint dazu: »Wir waren positiv überrascht, wie tief das Thema Frieden und Konflikt bei den Jugendlichen geht.«

Der Vormittag rund um den Frieden begann für die SchülerInnen mit einem spielerischen Einstieg. Die Projektleiterin Eva Wastian stellte Aussagen in den Raum, zu denen sich die SchülerInnen an einer Linie am Boden positionierten: »Für den Frieden braucht es ganz viele Menschen« oder »Frieden hat auch mit mir was zu tun«, behauptete sie beispielsweise. Diese

offene Stellungnahme sorgte für Gesprächsstoff unter den Jugendlichen. Danach erforschten sie zunächst selbstständig die Ausstellung, bevor sie sich mit ihren BetreuerInnen in Kleingruppen an den einzelnen Stationen versammelten. Am Beispiel von Ex-Terroristen aus Irland, die nach langer Zeit im Gefängnis wieder ein normales Leben führen, sahen die Jugendlichen, wie Wege aus der Gewalt aussehen können. Auch lernten sie anhand eines kolumbianischen Fußballprojektes, was Fairplay bedeutet, oder sie trainierten, wie man mit Konflikten umgeht, noch bevor sie eskalieren. An diesen konkreten Geschichten konnten die Jugendlichen immer wieder mit eigenen Erfahrungen anknüpfen und sie nahmen mit nach Hause, dass jeder Einzelne etwas zum Frieden beitragen kann.

**Kontakt: Eva Wastian • Tel.: (0 89) 6 51 82 22
E-Mail: presse@agfp.de • <http://www.agfp.de/>
AGFP e. V. • Waltherstr. 22 • 80337 München**



Wen oder was sucht die Bundeswehr an Schulen?

Münchner GEW gründet die Initiative »Friedliche Schule«

Wenn in den letzten zwei Jahren fünf Schulministerien mit der Bundeswehr »Kooperationsvereinbarungen« geschlossen haben, wenn in Bayern alle SchulleiterInnen in einem Schreiben mit dem Titel »Politische Bildung an den Schulen« aufgefordert werden, sie sollen »die bereits seit Jahrzehnten etablierte Kooperation« mit den JugendoffizierInnen der Bundeswehr auch künftig nutzen, dann müssen sich politische Ziele so verändert haben, dass es richtig ist, wenn wir von einer Militarisierung sprechen. Wenn es nicht so wäre, wer bräuchte dann die vertraglich geregelte Zusammenarbeit, die uns LehrerInnen jetzt nicht mehr vor die Wahl stellt, auf unsere Verantwortung hin SoldatInnen in den Unterricht zu bitten, sondern die uns zwingt, ein »Nein!« dagegen zu formulieren und durchzusetzen?

Seit dem Artikel »Bundeswehr verstärkt in die Schulen?« (s. DDS September 2009) hat sich einiges getan: Weitere Kooperationsverträge wurden geschlossen (in Bayern finden dazu Verhandlungen statt), mit POL&IS¹ wurde weiter Jugendlichen und ReferendarInnen der Einsatz von militärischer Gewalt als Mittel der Politik offeriert und Berufsinformationsveranstaltungen wurden verstärkt mit Beteiligung der Bundeswehr durchgeführt.

Wir beschlossen, dass es nicht sein kann, wenn demnächst OffizierInnen unseren Unterricht übernehmen, indem sie z. B. am Gymnasium in den »Praxis-Seminaren« der neuen Oberstufe ihre Sicht zum Thema »Der erweiterte Sicherheitsbegriff« darstellen dürfen. Dass es nicht sein kann, dass die Bundeswehr weiterhin kritiklos unseren SchülerInnen ihren Beruf als »Karriere mit Zukunft« präsentieren darf.

Wir – Lehrkräfte von Berufs-, Realschule und Gymnasium – gründeten im Rahmen des Stadtverbands München

die Initiative »Friedliche Schule«. Wir brachten in dessen Mitgliederversammlung einen Antrag »Gegen den fortschreitenden Demokratieabbau, Aus- und Umbau des staatlichen Gewaltapparats und die Militarisierung der Innen- und Außenpolitik« ein, der angenommen wurde. Um die KollegInnen an den Schulen über einschlägige Themen zu informieren, wurden inzwischen zwei Flyer unter dem Titel »Informationen zur Meinungsvielfalt« herausgegeben.

Jugendoffiziere der Bundeswehr werben verstärkt in Schulen

Für eine Veranstaltung mit dem Motto »Wen oder was sucht die Bundeswehr an Schulen?« der GEW München – zusammen mit der DGB-Jugend, dem Bayerischen Elternverband, der SchülerInneninitiative München, dem von ver.di initiierten Einladerkreis »Rettet die Grundrechte/ Gegen den Notstand der Republik!« und pax christi – konnten wir Michael Schulze von Glaser von der Informationsstelle Militarisierung Tübingen (IMI) als Referenten gewinnen.

Er stellte den rund 150 ZuhörerInnen die Ergebnisse seiner für die IMI verfassten aktuellen Studie »Die Eroberung der Schule. Wie die Bundeswehr in Bildungsstätten wirbt« vor (www.imi-online.de).

Dabei wurde schnell klar, dass die militärisch und rhetorisch ausgebildeten JugendoffizierInnen nicht zu unterschätzen sind. Wie geschickt und strategisch sie mit Information und Werbung an die verschiedenen Schularten herangehen, schildern sie jedes Jahr in einem »Jahresbericht«, in dem man zum Jahr 2008 auch ihre Ansichten über uns LehrerInnen lesen kann, deren Meinung auf keinen »fundierte[n] Kenntnissen der Sachlage« beruhe.

Schulze von Glaser berichtete fundiert und mit überzeugendem Zahlenmaterial von den verschiedenen Mög-

¹ Hinter dieser Abkürzung für Politik & internationale Sicherheit verbirgt sich eine von JugendoffizierInnen durchgeführte Simulation für SchülerInnen ab der 10. Klasse, aber auch für Studierende. Siehe: <http://www.polis.jugendoffizier.eu/>

lichkeiten für die Bundeswehr, auf die Schule Einfluss zu nehmen: Werbeanzeigen in Jahresberichten und SchülerInnenzeitungen, Stände bei Berufsinformationsveranstaltungen in und außerhalb der Schule, die Verbreitung von äußerst professionellem Unterrichtsmaterial («Frieden & Sicherheit») und vieles mehr. Ein wichtiges Medium nicht nur bei der Beeinflussung von SchülerInnen, sondern auch von ReferendarInnen ist das Simulationsspiel POL&IS, das zum Teil in Kasernen durchgeführt wird, immer an der Seite von JugendoffizierInnen. Dort wird den Jugendlichen und der neuen LehrerInnengeneration jedes Mittel bis zum Einsatz von Atombomben zur Sicherung des Friedens nahegelegt.

Das Referat machte uns klar, dass alles, was in der Gesellschaft als kontrovers gilt, auch in der Schule so diskutiert werden muss, und dass das beim Einsatz von SoldatInnen als Lehrkräften nicht gegeben ist.

Auch die VertreterInnen der mitveranstaltenden Organisationen auf dem Podium fanden deutliche Worte: Die Vertreterin des Bayerischen Elternverbandes forderte bei jedem Auftritt der JugendoffizierInnen eineN VertreterIn der Friedensbewegung. Der Azubi machte klar, wie wenig eine Ausbildung bei der Bundeswehr eine wirkliche berufliche Alternative darstellt. Der Lehrer berichtete von der Beeinflussung der ReferendarInnen an seiner Schule und die beiden Vertreter der SchülerInnen berichteten von der Bedeutung einer antimilitaristischen Haltung im Zusammenhang mit den Veränderungen im Bildungswesen.

Die kritischen Stimmen werden mehr

Die Bundeswehr an den Schulen wird durchaus kontrovers diskutiert: Der Aufruf »Die Schule der Nation ist die Schule« der »Kölner Initiative Schule ohne Bundeswehr« wird inzwischen auch von der Bremer GEW verbreitet. Der Aufruf von pax christi (Trier) »Militarisierung an den bundesdeutschen Schulen oder die Bundeswehr macht Schule« vom 12.10.2009 findet unsere volle Zustimmung. Am 12. März 2010 bestätigte der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags in einem Gutachten zur »Bundeswehr im Schulunterricht« im Wesentlichen unsere Forde-

rung nach Meinungsvielfalt: »Je umstrittener in der Öffentlichkeit die Inhalte der Veranstaltung sind, desto eher muss die Schule auf die Ausgewogenheit achten. Eine gezielte Beeinflussung der Schüler in eine bestimmte Richtung ist verfassungsrechtlich unzulässig.« Die eingesetzten JugendoffizierInnen unterliegen aber nun nicht dem Gebot der Ausgewogenheit, sondern vertreten in ihrer Deutung von »Frieden« und »Sicherheit« die Ansichten der Regierung und des Militärs. Wir wollen denen, die »Friedenseinsätze« durchführen, nicht die Deutungshoheit über ihr Tun überlassen! Dass die Süddeutsche Zeitung am 26. März 2010 auf der ersten Seite über die »Kameraden im Klassenzimmer« schreibt, zeigt, wie sehr sich kritische Stimmen in der Gesellschaft mehren. Der Beruf SoldatIn ist eben nicht ein Beruf wie jeder andere! In einer friedlichen Gesellschaft trägt eine Lehrkraft keine Uniform!

Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen

Wir werden es uns nicht nehmen lassen, dort, wo die Bundeswehr die Öffentlichkeit sucht, unsere Meinung im Sinne der Ausgewogenheit daneben zu stellen, wie es am 20. März 2010 auf der Azubi-Messe in München bereits geschehen ist. Wenn dann eine Berufsinformationsveranstaltung von Polizei bewacht werden muss und unserer Meinung Hausverbot erteilt wird, wird umso deutlicher, dass eine Ausbildung bei der Bundeswehr nicht der Eintritt in ein normales Berufsleben ist.

Seit unserer Veranstaltung freuen wir uns über reges Interesse an der »Friedlichen Schule«. Wir wurden eingeladen, beim Ostermarsch ein Grußwort zu sprechen, und wir planen unser Auftreten zum 1. Mai. Wir freuen uns, wenn wir von StreiterInnen für den Frieden auch außerhalb von München hören!

Kontakt für Info oder Abo der Rund-Mail:
friedliche.schule@gew-muechen.de



von Michael Schätzl
Landesfachgruppe Gymnasien



»Acht.Acht« – Theater gegen Rechtsextremismus an der Fachakademie für Sozialpädagogik Hof, die als »Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage« ausgezeichnet wurde.



»... denn wir spüren eure Angst vor uns!«

Unsere Studierenden waren es, die dieses – genau dieses und kein anderes – Theaterstück an der Fachakademie haben wollten. »Acht.Acht«. Der achte Buchstabe im Alphabet ist eines der Erkennungszeichen der Neonazis.

»Acht.Acht« ist der Titel des Stückes, das durch den Theaterpädagogen Jean Francois Drozak von der Agentur Kunstdünger aus Nürnberg landauf, landab in verschiedenen Schulen Oberfrankens bekannt ist, gleichsam das Programm gegen rechtsextreme Umtriebe. Organisiert vom BDJ Bamberg und mit Unterstützung der Oberfrankenstiftung entsteht an jeder Schule, die es haben möchte, ein eindrucksvolles Theaterkunstwerk. Für die evangelische Fachakademie für Sozialpädagogik in Hof war es mit diesem organisatorischen Hintergrund letztlich sogar ein ökumenisches Projekt.

Fünfhundert Menschen erreichten die Studierenden unserer Fachakademie mit »Acht.Acht«. Nach nur drei Tagen intensiver Erarbeitung mit Jean Francois Drozak beeindruckten sie bei der Premiere ihre DozentInnen und ihre Mitstudierenden.

Ein Stück nah an der Wirklichkeit

Lisa und Anna, zwei sechzehnjährige Freundinnen, werden auf dem Schulhof von einer jungen Frau angesprochen. Sie schenkt den beiden eine CD. Dass darauf rechts-

extreme Songs zu hören sind, wissen die jungen Frauen nicht. Anna nimmt die folgenden Angebote zu gemeinsamen Stadionbesuchen, dem Boxtraining und dem Kneipenbesuch dankbar an. Lisa distanziert sich. Die Freundschaft der beiden wird auf eine harte Probe gestellt, und ob alles ein gutes Ende nimmt, bleibt verborgen.

Diese Entwicklung zeigen die DarstellerInnen wie im Zeitraffer mit beeindruckender Intensität. Den ZuschauerInnen bleibt das Lachen im Halse stecken und das Geschrei rechtsnationaler menschenverachtender Phrasen auf der Bühne verursacht so manchen eine sehr unangenehme Gänsehaut. Die Vorstellung wird für die ZuschauerInnen zur Marter; trotzdem waren viele verwundert, als es plötzlich zu Ende war. Glockengeläut trieb die Gruppe der Rechtsextremen auseinander und der Sprechchor verstummte.

»Gewalt ist die einzige Form ...«

Jean Francois Drozak verstand es meisterhaft, die jungen angehenden Erzieherinnen und Erzieher in einen Prozess mit hineinzunehmen, bei dem sie selbst zu EntwicklerInnen des Stückes wurden. Er lässt sie an Formulierungen arbeiten und gibt ihnen beispielhaft Stimmungen und Szenen vor, die sie selbst weiterentwickeln. Ein Teil der Dialoge und Statements sind Zitate aus Interviews mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der rechtsextremen Sze-

ne. Neben der Fähigkeit, in eine Rolle zu schlüpfen, die ihnen in der Realität so gar nicht entspricht, entdecken die angehenden Erzieherinnen und Erzieher an sich selbst auch, dass sie über ihre Grenzen gehen können, was Mut und Engagement, Arbeitseinsatz und Geduld und sogar Sprechvermögen angeht.

Für die AkteurInnen, die in Hof neben der Bühnenarbeit auch noch die aufwändigen Anforderungen der Filmarbeit kennenlernen konnten, wurde es eine nachhaltige und unvergessliche Erfahrung und wird es wohl auch bleiben. Sich in so völlig neuen Situationen selbst wiederzuentdecken, dürfte für viele einmalig sein. Nach einer ereignisreichen und arbeitsintensiven Woche waren alle sehr erschöpft, aber auch zufrieden und reich an neuen Eindrücken und Erfahrungen.

Unterschiedlich für die SchauspielerInnen waren vor allem die Eindrücke über das Publikum der drei Aufführungen. Bei der Premiere waren es die Mitstudierenden, bei der zweiten Aufführung die interessierte Öffentlichkeit mit vielen jungen Besucherinnen und Besuchern, aber auch mit vielen Erwachsenen, die aus persönlichem, politischem und beruflichem Interesse gekommen waren. Die dritte Aufführung fand vor 200 SchülerInnen aus ganz unterschiedlichen Schulen und Einrichtungen statt. Es war erkennbar, dass manche der jungen Menschen erstmals bei einem Theaterstück dabei waren. Die Reaktionen auf den Inhalt von »Acht.Acht« zeigten Wiedererkennen, Großspurigkeit, Hilflosigkeit und auch Sympathie für die eine oder die andere Seite. Zu hoffen ist, dass die LehrerInnen in den jeweiligen Klassen das Thema aufgegriffen und gut nachbereitet haben.

Die Filmaufnahmen von »Acht.Acht« wurden von der Evangelischen Medienzentrale veranlasst und von Christian Heller technisch und organisatorisch angeleitet. Alle Mitwirkenden sind sehr gespannt auf die Fertigstellung des Films.

Unterrichtlich eingebunden war dieses Projekt an der Fachakademie in eine sogenannte »Übung«. Übungen wer-

den zu Beginn jedes Schuljahres als vertiefender Unterricht zu bestimmten Fächern aus einem umfassenden Angebotspool von den Studierenden gewählt. Die TeilnehmerInnen kamen jahrgangsübergreifend aus allen Klassen und wurden von mir begleitet und betreut.

Die Gruppe erarbeitete im Vorfeld der eigentlichen Arbeit an dem Stück »Acht.Acht« auch die gesamte Öffentlichkeitsarbeit für die Aufführungen. Im Verlauf dieser Vorbereitung wurde für die interne Werbung das FAKS-Kino gegründet – mit abendlichen Filmvorführungen werden die Studierenden auch auf den besonderen Status der Hofer Fachakademie aufmerksam gemacht; sie ist »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«. Wie sehr dieses öffentliche Bekenntnis notwendig ist, zeigt eine kleine Zeitungsnotiz aus der Lokalpresse vom 30. Dezember 2009: Unbekannte hatten ein fünf mal fünf Meter großes Hakenkreuz in den Schnee getrampelt, mitten in einem Hofer Wohngebiet.

Die läutenden Glocken in »Acht.Acht« sind übrigens ein sehr lebendiges und lautes Element zu Erinnerung an die Glocken im unterfränkischen Miltenberg am Main, die als »Glocken gegen rechts« in die Annalen eingingen.

Pfarrer Ulrich Boom hat am 22. Juli 2006 die Glocken seiner katholischen Kirche läuten lassen, als sich die AnhängerInnen der NPD auf dem Miltenberger Marktplatz versammelten. Sie verstanden ihre eigenen Worte nicht mehr und lösten die Versammlung nach zwanzig Minuten auf. Sie zeigten Pfarrer Boom an. Letztendlich bekam er den »Mutig-Preis 2006« und im November 2009 das Bundesverdienstkreuz.

von Nanne Wienands

Diplom-Sozialpädagogin (FH)



Die Redaktion möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass mittlerweile der erste Teil der in unserer Januar-Februar-Ausgabe angekündigten erweiterten Analyse des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus auf unserer Homepage steht. Zu finden ist der Text im Archiv der DDS bei der entsprechenden Ausgabe: <http://www.gew-bayern.de/index.php?id=405>

Zum Schutz der DarstellerInnen sind auf den Bildern keine Szenen abgebildet!



Wir bitten auch um Beachtung der Veranstaltungshinweise auf Seite 21.

Ticket nach unten

Was Totalsanktionen der ARGE für Betroffene bedeuten können

Frau Schubert¹ ist verzweifelt. Mit ihrer 18-jährigen Tochter Maria lebt sie in einer kleinen Wohnung in München – wie es für sie finanziell weitergehen wird, wissen die beiden Frauen, die seit einem Jahr von Arbeitslosengeld II leben, nicht: Maria wurden alle Sozialleistungen gestrichen – sie erhält also vom Amt kein Geld mehr, auch Miete und Krankenkassenbeitrag werden nicht mehr bezahlt.

Die Tochter habe sich nicht an die Eingliederungsvereinbarung gehalten, so die Begründung des Amtes. Was damit konkret gemeint ist, wissen die beiden Frauen nicht sicher: »Angeblich haben wir zwei oder drei Termine bei der ARGE nicht wahrgenommen. Dabei habe ich mich zu dieser Zeit ehrlich um eine Lehrstelle bemüht und auch versucht, alle Formalitäten mit der ARGE ordentlich und gewissenhaft zu regeln«, sagt Maria Schubert.

Ihre Mutter ist chronisch krank, hat Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben, im schriftlichen Kontakt mit der ARGE keine Fehler zu machen, fällt ihr schwerer als anderen. Für Maria Schubert und ihre Mutter hatte die Totalsanktion weitreichende Folgen:

Maria Schubert hatte kein Budget mehr, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, ihr Mietanteil fehlte. Auch ihre Mutter, mit der sie eine »Bedarfsgemeinschaft« bildet, kam so in Geldnot, musste Schulden bei Verwandten machen. »Für's Essen hatten wir auch nicht genügend Geld«, erzählt sie.

Tochter Maria war zu dieser Zeit in ärztlicher Behandlung. Ihre Krankenkassenbeiträge wurden jedoch nicht mehr bezahlt, ihre Versichertenkarte deshalb eingezogen, berichtet die junge Frau. Hinzu kamen permanente Geldsorgen: Sie stahl aus Verzweiflung – wurde erwischt und verurteilt. Ihr ging es psychisch immer schlechter, ohne Tabletten konnte sie nicht mehr schlafen. Die Depressionen, einer der Gründe für ihre Behandlung, wurden schlimmer: »Ich konnte mir keine Medikamente mehr kaufen – eigentlich darf man diese Behandlungen nicht plötzlich abbrechen!«, sagt Maria Schubert.

Die Familie hat jetzt hohe Schulden: Geld für die Miete, Essen und offene Rechnungen musste her. Ihr Telefonanschluss ist gesperrt. Die beiden Frauen hätten bei der ARGE für diese Zeit Essensgutscheine beantragen können, auch die Krankenversicherung hätte dann wieder aufgelebt – im Sanktionsbescheid informierte darüber ein Passus. Für Frau Schubert mit ihren Schreib- und Leseproblemen und ihre Tochter Maria blieb er unverständlich – weshalb sie diese Möglichkeit nicht nutzen, wie viele andere Betroffene auch.

Seit 2007 können auch unter 25-Jährigen für drei Monate sämtliche Leistungen gestrichen werden. Behördeneigene Statistiken über Sanktionen sind nicht nach Art der Sank-

tion aufgeschlüsselt, weshalb genaue Zahlen über Totalsanktionen, also den Wegfall aller Leistungen, fehlen. Die vorhandenen Daten zeigen jedoch, dass die »Sanktionsquote«, der Anteil an LeistungsempfängerInnen mit mindestens einer Sanktion, regional stark variiert: Im September betrug sie in München 2,0 %, in Passau war sie mit 6,3 % mehr als dreimal so hoch.²



Foto: Robert Michel

Jüngere trifft es zudem statistisch häufiger als Ältere: 15- bis 25-jährige Personen werden etwa fünf Mal häufiger sanktioniert als über 55-Jährige.³ Ingmar Kumpmann vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle kommt zum Schluss, dass »die Wahrscheinlichkeit sanktioniert zu werden, von einer Vielzahl von Faktoren abhängt, die teilweise nichts mit der Arbeitsbereitschaft zu tun haben und oft außerhalb der Person liegen.«⁴

² <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/analytik/kennzahlensgbi/daten.shtml>, aufgerufen am 25.01.2009

³ http://www.sanktionsmuratorium.de/pdfs/sanktionen_wiwa_0609.PDF, aufgerufen am 02.12.2009

⁴ Ebd.

¹ Die Namen und persönlichen Daten der Betroffenen wurden anonymisiert.

Welche Faktoren zu einer Teil- oder Vollsanktion führen, ist für deren teilweise drastische Folgen unerheblich. Der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. sieht in der steigenden Anzahl junger Wohnungsloser unter 25 Jahren eine direkte Folge der Verschärfung der Sanktionsregeln.⁵

Im Rahmen einer Untersuchung der Folgen von Total-sanktionen und in der praktischen Arbeit als Sozialpädagoge zeigten sich mir in einzelnen Fällen dramatische Sanktionsfolgen: Eine Familie wurde wohnungslos, in mehreren Fällen konnte eine Räumung gerade noch verhindert werden. Der Zugang zur medizinischen Versorgung war in mehreren Fällen problematisch, ebenso die psychosoziale Lage der Betroffenen.

Eine Maßnahme, die sich auf die Lage der Betroffenen derart desaströs auswirken kann, erscheint vor dem Ziel, junge Erwachsene in einen geregelten Arbeitsalltag zu integrieren, kontraproduktiv. Ihren Erfolg will selbst die Agentur für Arbeit nicht bescheinigen: Das Institut für Arbeits-

markt- und Berufsforschung der Behörde stellt fest, dass Sanktionen im SGB II bei U25 noch weitgehend eine »black box«⁶ seien – soll heißen: Genaues weiß man nicht.



von **Nicolas Griebmeier**
und **Kerstin Griebmeier**

Nicolas ist Dipl. Sozialpädagoge, arbeitete in einer Münchner Beratungsstelle und absolviert berufsbegleitend den Masterstudiengang »Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession« am Zentrum für Postgraduale Studien Sozialer Arbeit in Berlin.

Kerstin (leider ohne Foto) arbeitet als freie Journalistin in Leipzig.

Nachtrag:

Der Münchner Stadtrat hat das Thema Totalsanktionen Mitte April diskutiert, sich dagegen ausgesprochen und beschlossen: »Das Sozialreferat wird beauftragt, über den Deutschen Städtetag auf eine Gesetzesänderung bezüglich der Sanktionsmöglichkeiten gegen erwachsene und jugendliche Empfängerinnen und Empfänger von SGB-II-Leistungen hinzuwirken. Die Gesetzesänderung soll darin bestehen, dass Totalsanktionen (insbesondere bei den Kosten der Unterkunft) für alle Altersgruppen sobald als möglich abgeschafft werden.«

Vgl.: http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_ergebnisse.jsp?risid=1965521

⁵ Vgl. <http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de/presse/pa.phtml?ID=20081128>, aufgerufen am 25.01.2009.

⁶ Vgl. <http://www.iab.de/138/section.aspx/Projektdetails/k080627f04>, aufgerufen am 25.01.2010.

Die GEW-Betriebsgruppe der Lebenshilfe Bad Tölz-Wolfratshausen geht an die Öffentlichkeit:

Frühförderung ist eine wichtige soziale Aufgabe



Auf dem Podium (v. l. n. r.): Wolfgang Nördlinger, Dr. Heiner Reploh, Christoph Abeck, Dr. Martin Thurmair, Klaus Koch

Die im Herbst 2009 neu gegründete Betriebsgruppe der Lebenshilfe Bad Tölz-Wolfratshausen gGmbH hatte zu ihrem 1. GEW-Forum am 4. März 2010 in die Franzmühle in Bad Tölz eingeladen. Bei diesem Forum sollte die Frühförderung für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder im Mittelpunkt stehen.

Ziel der Betriebsgruppe war es, nicht zuletzt aufgrund des 30-jährigen Bestehens der Frühförderung im Landkreis, über die Aufgaben der Frühförderung zu informieren und zu diskutieren, welchen Stellenwert frühe Hilfen in Politik und Gesellschaft haben und welche Perspektiven dieses wichtige Angebot hat und braucht.

Mit knapp 40 BesucherInnen war diese Premierenveranstaltung recht gut besucht und dafür sorgte nicht zuletzt das hochkarätig besetzte Podium: Der dritte

Landrat Klaus Koch (Grüne), Herr Dr. Phil. Martin Thurmair von der Arbeitsstelle Frühförderung, Herr Dr. Heiner Reploh, Kinderarzt aus Bad Tölz, und Wolfgang Nördlinger, Erzieher, von der GEW. Einzig ein Vertreter des Trägers, der eingeladen wurde, aber leider eine Teilnahme nicht für nötig hielt, wurde vermisst. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion souverän von Christoph Abeck.

Unter reger Beteiligung aller Anwesenden wurde gute zwei Stunden diskutiert. Am Schluss herrschte Einigkeit darüber, dass eine umfassende Förderung von Kindern sinnvoll und positiv ist, die Frühförderstellen hier sehr gute Arbeit leisten, der Rahmenvertrag aber keine kostendeckende Finanzierung dieser Arbeit mehr zulässt, es somit FürsprecherInnen in der Politik benötigt und es u. a. auch eine staatliche Beteiligung geben sollte.

Einen etwas schlechten Beigeschmack gab es wegen einer sehr negativen Berichterstattung des Tölzer Kuriers im Vorfeld, der u. a. falsche Zahlen über eine angeblich schlechte Auslastung der Frühförderstelle abdruckte. Dies war dann auch Thema der Diskussion. Klar wurde hier, dass sich die Beschäftigten der Frühförderstelle die Unterstützung und Rücken- deckung der Geschäftsführung und des Vorstandes wünschen, die sie bislang vermissen.

Fazit für die Betriebsgruppe ist in jedem Fall, dass MitarbeiterInnen, die sich organisieren, durchaus etwas Gutes auf die Beine stellen und etwas bewegen können. Alles in allem eine gute Erfahrung, eine gelungene Veranstaltung und eine Bestätigung für die Betriebsgruppe weiterzumachen.

von **Heidi Küster**
GEW Bad Tölz-Wolfratshausen

Dort lernen, wo andere Urlaub machen

Eine interkulturelle Sprach- und Studienreise in die Türkei stärkt die Kompetenz von PädagogInnen

In den wohlverdienten Ferien freiwillig lernen und noch selber dafür bezahlen – unvorstellbar?! Nein, keineswegs. Als ich im Mai 2009 die Ausschreibung für eine interkulturelle Sprach- und Studienreise in die Türkei in den Händen hielt, habe ich nicht gezögert und mich umgehend angemeldet. Der Veranstalter war INKOMM, das Projektzentrum für Interkulturelle Kommunikation der AWO, und der Kollege Mahmut Gergerli vom Schulreferat München leitete die Studienreise.

In drei Abendveranstaltungen sollten wir neun TeilnehmerInnen – LehrerInnen aus unterschiedlichen Schularten und Erzieherinnen – davon überzeugt werden, dass Türkisch gar nicht schwer sei. Mit 2,5 bis 3 Millionen türkischsprachigen BewohnerInnen in Deutschland ist Türkisch eine der wichtigsten Minderheitensprachen in unserem Land. Nach dem Motto »wenn ein Marsmensch in 48 Stunden eine Sprache lernen müsste, dann würde er Türkisch wählen« (SZ), machten wir uns an die Arbeit.

Auch an unserem Reiseziel gab es weiter täglich Türkischunterricht zusätzlich zu den informativen Fortbildungs- und Besuchsangeboten.

Gleich zu Beginn wurden wir zu einem Besuch in einem privaten Förderzentrum in Kemer eingeladen. Nach einem kurzen Rundgang durch die zum Teil recht spärlich ausgestatteten Räume schilderte uns das Leitungsteam voll Stolz, mit wie viel Energie und Engagement es dieses Projekt gegen etliche Widerstände aufgebaut hat. Durch Fachpersonal werden behinderte Menschen (bis zum Alter von ca. 40 Jahren) gefördert, wenn ihre Behinderung durch einen Arzt anerkannt worden ist. Das Förderzentrum erhält pro Kind, Jugendlichen oder Erwachsenen einen finanziellen Betrag vom Staat erstattet.

Die Klienten kommen in diesem Förderzentrum – je nach Schwere ihrer Behinderung – in den Genuss einer Einzel- oder Gruppenförderung im Umfang von sechs bis zehn Stunden pro Monat.

Zu einem Schwerpunkt sollte künftig die Frühförderung von behinderten Kindern werden. Wir erfuhren auch, wie schwer es für türkische Familien ist, die Behinderung ihrer Kinder anzunehmen, besonders wenn es sich um eine geistige Behinderung handelt. Häufig wird die Notwendigkeit einer gezielten Förderung in den Familien gar nicht gesehen. Der Aufbau von staatlichen Förderzentren steckt in der Türkei noch in den Kinderschuhen. Bisher bemühen sich private Träger um diese Aufgabe.

Die Bildungsgewerkschaft Egitim-Sen

In Antalya trafen wir am nächsten Tag mit VertreterInnen der zweitgrößten türkischen LehrerInnengewerkschaft Egitim-Sen (= Bildungsgewerkschaft) zusammen. Die Egitim-Sen ist eine 1995 gegründete linksorientierte Gewerkschaft, die LehrerInnen und andere im Erziehungswesen Arbeitende vertritt. Neben der Egitim-Sen gibt es in der Türkei noch zwei weitere Verbände auf dem Bildungssektor. Sie sind aber religiös-nationalistisch geprägt und stehen der AKP und islamischen Gruppierungen nahe.

Die Egitim-Sen musste nach der Gründung lange Jahre um ihre Anerkennung kämpfen und ist auch heute immer wieder durch Verbotsmaßnahmen bedroht. Seitdem die Gewerkschaftsmitgliedsbeiträge vom türkischen Staat übernommen werden, hat die Gewerkschaft Egitim-Sen viele neue Mitglieder gewonnen. Von allen im Bildungssektor beschäftigten Menschen – das sind über 900.000 – sind ca. 120.000 bis 150.000 in der Egitim-Sen organisiert.

Die Gewerkschaft Egitim-Sen setzt sich für den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Bildungswesens ein, das frei zugänglich und vollständig vom Staat finanziert sein soll. Die Mehrheit der türkischen Lehrkräfte ist wie in Deutschland verbeamtet. Jedoch werden zunehmend auch an staatlichen Schulen Lehrkräfte eingestellt, die zu



Mit türkischen KollegInnen vor dem Büro der Egitim-Sen.

Foto: Egitim-Sen



Englischunterricht in der Schule Göynük.

Foto: Uli Kersten

erheblich schlechteren Konditionen arbeiten (Heraufsetzung des Pensionsalters, befristete Arbeitsverhältnisse). Die Gewerkschaft wird von der Regierung zu Tarifverhandlungen dazugebeten, die Entscheidung über die Vergütung fällt aber letztendlich die Regierung in Ankara.

Weitere Ziele der Gewerkschaftsarbeit von Egitim-Sen sind neben der Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht auch die Entwicklung und Etablierung von demokratischen Grundrechten in der Türkei sowie die Anerkennung von Minderheiten und deren Kulturen.

Die Egitim-Sen tritt für ein Streikrecht für BeamtInnen ein. Die türkische Verfassung untersagt jedoch für Beschäftigte im öffentlichen Dienst das Streikrecht. Bei unserem Besuch liefen gerade die Vorbereitungen für einen landesweiten Proteststreik zur Durchsetzung dieser Forderung.

Die GewerkschaftsvertreterInnen zeigten großes Interesse an Kontakten zu Schulen in Deutschland und an einem Kontakt zur GEW. Sie wünschten sich einen engeren Erfahrungsaustausch und begrüßten auch gegenseitige Besuche.

Die Situation der Lehrkräfte

Die Ausbildung der Lehrkräfte in der Türkei erfolgt in acht Semestern an der Uni. Für alle Schulstufen und Schularten ist die Ausbildung gleich. Auch Erzieherinnen in den Vorschulen und Kindergärten absolvieren dieses Studium.

Die Unterrichtspflichtzeit an den Schulen beträgt ca. 15 Unterrichtsstunden pro Woche bei einem Gehalt von etwa 750 Euro. Darüber hinaus können (und müssen) alle Lehrkräfte noch zusätzlich unterrichten. Jede dieser Stunden wird dann mit ungefähr 3 Euro vergütet. Während der dreimonatigen Sommerferien wird nur die Grundvergütung gezahlt und viele LehrerInnen sind in dieser Zeit auf einen Zusatzverdienst angewiesen.

Belehrend aber respektvoll

Sehr aufschlussreich war auch der Besuch der Ýlköðretim Okulu (Grundschule) in Göynük.



Von den angeblich recht großen Klassen mit 50 und mehr SchülerInnen in Antalya konnten wir an dieser Schule nichts mitbekommen. Hier saßen etwa 20 bis 25 SchülerInnen in den Bänken der recht spärlich eingerichteten Klassenzimmer. Jedes Klassenzimmer verfügte über einen PC und einen Beamer. Ich erlebte in den drei Stunden einen sehr lehrerInnen-zentrierten und belehrenden Unterricht, aber auch einen sehr aufgeschlossenen und respektvollen Umgang zwischen LehrerInnen und SchülerInnen.

Schulstrukturen und Bildungswege

Seit 1997 gibt es in der Türkei eine gemeinsame achtjährige Grundschule für alle Kinder. Daran schließt sich ein dreijähriges Lise (Gymnasium) an. Dieses können alle

Jugendlichen besuchen, und zwar ohne Aufnahmeprüfung und ohne bestimmte Leistungen erbracht zu haben. Nach elf Schuljahren besitzen türkische junge Menschen dann das Recht, an der Aufnahmeprüfung für die Universität teilnehmen zu können. Diese Prüfung bestehen ungefähr 15 % der Jugendlichen. Die Prüfung kann in den folgenden Jahren auch beliebig oft wiederholt werden.

In dem idyllisch am Meer gelegenen kleinen Dorf Çiralı südlich von Kemer konnten wir die zwei jahrgangsgemischten Klassen und den Kindergarten erst nach Unterrichtsschluss besuchen und einen kurzen Blick in die Räume werfen, da die Eltern hier Angst vor einer Infektion durch uns mit der »Schweinegrippe« hatten.

Die Schule besuchen 25 Kinder. Beide Klassenzimmer waren im Vergleich zur Schule in Göynük sehr umfangreich mit verschiedenen Lernmaterialien ausgestattet.

Informationen zum türkischen Schulsystem und dem Vergleich mit dem bayerischen, zur Struktur der türkischen Familie und der Erziehung sowie zur Zusammenarbeit zwischen türkischen Eltern und Lehrkräften in Deutschland rundeten unsere einwöchige Studienfahrt ab.

von Uli Kersten

Hauptschullehrer
GEW-Stadtverband München



Mehr Glück für alle ist machbar

Eine ermutigende Untersuchung über die Vorteile sozialer Gerechtigkeit

Dieses Buch hat es in sich. Anhand eines umfangreichen Faktenmaterials, das ein Wirtschaftshistoriker und eine Anthropologin nach jahrzehntelanger Arbeit ausgewertet haben, wird nachgewiesen, dass es allen Menschen in einer Gesellschaft umso besser geht, je geringer die sozialen Unterschiede sind.

Gleichheit bedeutet Glück? Ja, sagen Richard Wilkinson und Kate Pickett, und sie belegen das eindrucksvoll mit einer Fülle von sorgfältig ausgewählten Statistiken. Je größer die Abstände in einem Land hinsichtlich Einkommen und Vermögen, hinsichtlich Statusunterschieden und sozialen Gefälles, desto höher die Zahl von Gewalttätigkeiten, Teenagerschwangerschaften, Gesetzesübertretungen, Selbstmorden, ungesunder Ernährung, mangelhafter Bildung, Drogenmissbrauch, psychischen Störungen und gesundheitlichen Schäden. Denn Ungleichheit, wie die beiden AutorInnen nachweisen, zerstört Vertrauen, macht Angst, führt zu Unsicherheit und Unterwürfigkeit bei den Unterprivilegierten und zu Stress, Überheblichkeit und Egoismus bei den Bessergestellten. Was die genannten Kriterien betrifft, steht Japan im internationalen Vergleich am besten da, gefolgt von den skandinavischen Ländern. Die schlechtesten Werte entfallen auf die USA. Hier sitzen z. B. im Schnitt von 100.000 EinwohnerInnen 576 im Gefängnis und das sind vier-einhalb Mal mehr als in Großbritannien und

vierzehn Mal mehr als in Japan. Ähnlich krass sind die Unterschiede zuungunsten der Vereinigten Staaten, was Allgemeinbildung, Umweltbewusstsein und Verantwortung gegenüber der Not in den Entwicklungsländern betrifft. Wilkinson und Pickett haben für alle Vergleiche ausschließlich offizielle Daten staatlicher Behörden herangezogen, sodass Mutmaßungen, die AutorInnen würden LeserInnen durch zweifelhafte Fakten in die Irre führen, ausgeschlossen werden können.

Dass mehr Gleichheit allen das Leben erleichtert und bereichert, wird nicht zuletzt durch alltägliche Erfahrungen belegt. Als in Großbritannien während des 2. Weltkriegs Rationierungsmaßnahmen eingeführt wurden und sich Einkommensunterschiede verringerten, fiel die Armutsgrenze um die Hälfte, verbesserte sich die Volksgesundheit und sank die Verbrechensrate. Untersuchungen von US-Basketballmannschaften ergaben, dass die Teams am erfolgreichsten waren, bei denen die geringsten Gehaltsunterschiede bestanden. Anders als uns Neoliberale weismachen wollen, lähmt ständiger Wettbewerb die Leistungsfähigkeit, während partnerschaftliches Verhalten produktionssteigernd ist.

Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung: Selbst in reichen Gesellschaften wirkt soziale Ungleichheit zerstörerisch. Das ist in den USA der Fall und das zeigt ja auch die jüngste Entwicklung in der Bundesrepublik immer deutlicher. Das enorme Auseinander-

Richard Wilkinson/
Kate Pickett:
GLEICHHEIT IST GLÜCK.
Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.
Tolkemitt Verlag, Berlin 2009,
bei Zweitausendeins, 333 S., 19,90 EUR.



klaffen der Einkommen hat in den letzten Jahren zu einem erheblichen Anstieg von Gewalt, erhöhten Gesundheitskosten und sozialer Verunsicherung geführt. Und da ist es nur ein schwacher Trost, dass auch die Steinreichen bei ungleichen Lebensbedingungen ihre Probleme bekommen, zunehmend Stress haben und Lebensqualität verlieren – die Sorge um Besitzwahrung und Statusverteidigung mindert echte Glückserlebnisse.

Etwa ein Drittel der spannenden Untersuchung geht der Frage nach, wie mehr Gleichheit in einer Gesellschaft erreicht werden kann. Wenn nicht wie in Japan die Einkommensunterschiede schon vor Steuern und staatlichen Zuwendungen gering sind, dann, so die AutorInnen, muss über Transferleistungen kräftig umverteilt werden. Dass die derzeit im Amt befindlichen Regierungen die Befunde der zwei britischen WissenschaftlerInnen aufgreifen und umsetzen, ist nicht zu erwarten. Aber für alle, die von den Vorteilen einer sozial gerechten Gesellschaft überzeugt sind, ist dieses Buch eine Quelle permanenter Bestätigung und Ermutigung.

von Thilo Castner

Spannende Lebensläufe

Wann fängt die Berufsbiografie einer Kunstpädagogin bzw. eines Kunstpädagogen an? Im Referendariat? Zu dem Zeitpunkt, wenn neben der künstlerischen Freiheit auf einmal Sicherheit und flexible Arbeitszeitmodelle relevant werden? Mit der Wahl des Studienfaches und der Entscheidung für das Lehramt? Oder schon bei den ersten eigenen Reisen, bei denen das Skizzenbuch zum ständigen Begleiter wird? In der eigenen Schulzeit, wenn zum ersten Mal ein bewunderter Lehrer vom Talent beim Zeichnen spricht? Schon vor der Kindergartenzeit, beim Basteln und Malen mit der Mutter?

Der kurzweilige Wälzer ist klar gegliedert: erstens Forschungsaspekte, zweitens Einzelfallstudien, also Erläuterungen und Analysen von im Anschluss abgedruckten Interviews und Fotos, drittens eine Zusammenfassung der Ergebnisse.

Der zentrale mittlere Teil des Bandes ist nach Lebensalter der befragten Kunstlehrerinnen bzw. Kunstlehrer sortiert: Los geht es mit einem 66 Jahre alten Kunstlehrer, beendet wird dieser Teil mit einer 29-jährigen Kollegin. Das fordert zu einem stöbernden Leseverhalten auf; man sucht mit dem Inhaltsverzeichnis nach eigenen Altersgenossen, um sich an deren Aussagen wie im Spiegel zu prüfen: Bin ich auch so? Oder doch ganz anders? Die Jagd nach Themen und Mustern, die sich ebenso in der eigenen Kunstlehrer-Biografie finden, macht den eigentlichen Lesespaß aus.

Der knapp hundert Seiten umfassende Schlussteil ist erhellend. Schon das Inhaltsverzeichnis listet hier zentrale professions-spezifische Merkmale griffig und leserInnenfreundlich auf, etwa »Talent und Begabung«, »Förderung im Elternhaus«, »perso-

Georg Peez (Hg.):
Kunstpädagogik und Biografie. 52 Kunstlehrerinnen und Kunstlehrer erzählen aus ihrem Leben – Professionsforschung mittels autobiografisch-narrativer Interviews.
Kopaed-Verlag, München 2009,
24,80 EUR (ohne CD), 27,80 EUR (mit CD, Bildern in Farbe und Interview-Transkriptionen)



nales Vorbild Kunstlehrer«, »Reisen«, »Sicherheit«, »eigene künstlerische Praxis«, »Abgrenzung zur bürokratischen Institution Schule«.

Dies ist also ein Buch zum Schmökern, um sich selbst in den Kosmos der KollegInnen einordnen zu können, oder für ReferendarInnen und Studierende, um sich zu informieren, wie Kunstlehrende heutzutage häufig sozialisiert sind und »ticken«.

von Jörg Grütjen

Sozialrechtsberatung für Menschen mit Behinderung

Rechtsberatung in Fragen zum Sozialrecht bietet ab sofort der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V., BSK, im Rahmen einer Mitgliedschaft an. Die Beratung erstreckt sich auf Auskünfte im Rahmen einer Erstberatung und das Widerspruchsverfahren für den Bereich des Sozialrechts, insbesondere die Sozialgesetzbücher II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), V (Krankenversicherung), IX (Rehabilitation), XI (Pflegeversicherung) und XII (Grundsicherung für Erwerbsunfähige und Sozialhilfe) sowie das Verwaltungsrecht. Eine Beratung ist in darüber hinausgehenden Rechtsgebieten nach Absprache ebenfalls möglich. Die Kosten für die anwaltlichen Auskünfte sowie viele weitere Vorteile für Menschen mit Körperbehinderung sind durch den Mitgliedsbeitrag im BSK e. V. (28 EUR/Jahr) abgedeckt. Eine gerichtliche Vertretung der einzelnen Mitglieder des BSK ist darin nicht enthalten, kann aber nach Vereinbarung mit der Fachanwältin auf eigene Kosten in Anspruch genommen werden. Der BSK ist eine bundesweite Interessenvertretung für Menschen mit Körperbehinderung und gemeinnützig tätig. Weitere Auskünfte beim BSK e. V.

Tel.: 0 62 94-42 81-42 • soziales@bsk-ev.org
www.bsk-ev.org/sozialrechtsberatung

Kinderfotopreis für München und Oberbayern: »Stadt, Land, Fluss« für Kinder von 4 bis 12 Jahren

Im Rahmen des Kinderfotopreises bietet das JFF Kindergärten, Grundschulen und Horten in München kostenlose Fotoprojekte an.

Der Kinderfotopreis ist ein medienpädagogischer Fotowettbewerb für Kinder im Alter von 4 bis 12 Jahren. Auf der einen Seite bietet das Medium Fotografie jungen Kindern eine Ausdrucksmöglichkeit, die leicht zugänglich ist und großen Spaß bereitet. Zum anderen steht im Fokus der fotografischen Tätigkeit das Wettbewerbsthema »Stadt, Land, Fluss«. Die Wettbewerbsform motiviert Kinder, sich gemeinsam mit ihren FreundInnen, Geschwistern, PädagogInnen und Eltern diesem Thema zu nähern, bei dem folgende Fragen im Mittelpunkt stehen: Welche Tiere und Pflanzen gibt es in der Stadt und welche auf dem Land? Was gefällt dir an deiner Umwelt besonders gut, was ist nicht so schön? Was gibt es Außergewöhnliches in Stadt, Land und Fluss?

Eine Jury von Kindern und Erwachsenen wählt auch in diesem Jahr wieder in drei Alterskategorien Gewinnerbilder aus, die am 9. Juli 2010 im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung im Münchner Kulturzentrum Gasteig prämiert werden. Die Bilder werden an verschiedenen Orten und im Internet ausgestellt.

Dies und Das

Zudem wird mit dem Wettbewerb jährlich eine Fülle von pädagogischen Aktivitäten verknüpft und angeregt: medienpädagogische Projekte in Kindertagesstätten und Schulen, Fortbildungen für MultiplikatorInnen, Veröffentlichung von medienpädagogischen Materialien u. v. m.

Einrichtungen aus München, die Interesse an einem kostenlosen Fotoprojekt haben, können sich noch bis Ende Mai melden:

Kati Struckmeyer • kati.struckmeyer@jff.de
0 89-68 98 91 43

Weitere Informationen: www.kinderfotopreis.de

»jugend denkt um.welt«

Rund 100 Jugendliche aus ganz Europa tauchen derzeit in die Welt des Films ab. Mit dabei sind 26 SchülerInnen des Gymnasiums Bad Iburg. Mit lustigen wie nachdenklichen Werbespots machen sie im Projekt »jugend denkt um.welt« auf den Klimawandel aufmerksam und möchten andere zum Handeln anstiften. Die Ergebnisse der internationalen Kampagne sollen jetzt mit einem Medienpaket verbreitet werden. Finanzielle Unterstützung kommt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), die auf viele NachahmerInnen hofft.

Seit 2008 läuft das von der Stadt Iburg und dem Gymnasiallehrer Helmut Spiering angestoßene Projekt »jugend denkt um.welt«. Jugendliche aus Deutschland, Polen, Frankreich, Kroatien und Island verwirklichen darin gemeinsam die Idee, mit dem Medium Film zum aktiven und nachhaltigen Handeln aufzufordern. In Drehbuch-Arbeitskreisen haben sie zunächst den Stoff für ihre Geschichten entwickelt. Denkanstöße lieferte vor allem der »Europäische Jugendklimagipfel« 2009. TeilnehmerInnen aus ganz Europa diskutierten hier Strategien zum Schutz der Umwelt mit PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen

Mittlerweile läuft die Produktion der Werbespots auf Hochtouren. Prominente wie Detlev Buck oder Didi Hallervorden stehen dabei für die jungen FilmemacherInnen vor der Kamera. »Neben Musik eignet sich insbesondere das Medium Film sehr gut, um Jugendliche zu erreichen und zum Mitmachen zu bewegen«, erklärt Initiator Spiering. Geplant sind ein 45-minütiger Dokumentarfilm, eine DVD mit den besten Umwelt-Werbespots sowie ein zweisprachiges Handbuch in Deutsch und Englisch. Ziel ist, PädagogInnen im In- und Ausland für ähnliche Initiativen zu gewinnen. Gleichzeitig sollen Jugendliche in weiteren Ländern motiviert werden, sich für Fragen des Klimas zu interessieren und ihre eigenen Ideen zum Schutz der Umwelt zum Ausdruck zu bringen. Anhand von zahlreichen Beispielen wie Auszügen aus Drehbüchern

und Produktionsabläufen soll das Material praxisnah erläutern, wie ein Vorhaben wie »jugend denkt um.welt« auf die Beine gestellt werden kann. Es soll sowohl von freien Bildungsträgern als auch von Schulen im Unterricht eingesetzt werden können.

Die Idee für das Projekt »jugend denkt um.welt« ging aus der Initiative »Courage zeigen – Fremdsein überwinden« hervor, ebenfalls angestoßen von Spiering und in Projektträgerschaft der Stadt Bad Iburg. Mit immer wieder neuen Ideen und Konzepten setzt sich der Aktionskreis seit über drei Jahrzehnten für eine offene und tolerante Gesellschaft ein. Ansprechpartner für Fragen zum Projekt (AZ 27882):

Helmut Spiering

Tel.: 0 54 03-26 80 • Fax: 0 54 03-54 25 91

Relaunch von ohrenblick.de

Das Fachportal für Eltern, Jugendliche und pädagogisch Tätige zum Thema Handy startet mit einem neuen Design und vielen downloadbaren Materialien ins neue Jahr.

»Handy – eine Herausforderung für die Pädagogik« ist seit knapp fünf Jahren das Motto des Handy-Fachportals ohrenblick.de. Die Website richtet sich an verschiedene Zielgruppen. Jugendliche können sich über den deutschlandweiten Handyclip-Wettbewerb »Ohrenblick mal!« informieren und sich von innovativen, experimentellen Handyvideos zur eigenen Produktion anregen lassen.

In der Downloadversion der Broschüre »handy life« erfahren Jugendliche darüber hinaus Wissenswertes über Kostenfallen, Strahlung, den Umgang mit jugendgefährdenden Inhalten, Urheberrechte u. v. m.

Auch für Eltern und pädagogisch Tätige gibt es jetzt auf ohrenblick.de Materialien rund ums Handy, die durch Unterrichtsmaterialien und Anleitungen für kleine und große Handyprojekte ergänzt werden. Diese stehen zum Download bereit und liegen als Printversion vor, um in eigenen Projekten eingesetzt zu werden. Durch die Schnittstellenfunktion des Handys zum Internet finden jetzt auch die Themenschwerpunkte Urheberrechte, Cyberbullying und Online-Communitys ihren Platz. Somit bietet ohrenblick.de ein Rundumpaket mit Informationen zu den Themenschwerpunkten Handy und Internet. Das Angebot wird verantwortet von JFF, Jugend online und LizzyNet.de.

Kontakt:

kati.struckmeyer@jff.de

Aggression und Autoaggression bei Mädchen

Mädchen, die sich Arme oder Beine aufritzen oder auf vielfältige Art verletzen, sind oft eine Belastung für PädagogInnen. In die von den Mädchen erlebte Spirale der Gewalt gehören auch traumatisierende Verletzungen durch Gewalterfahrungen von außen. In ei-

ner Fortbildung für Fachfrauen werden sich die Teilnehmerinnen mit Tabuthemen wie Blut, Verstümmelung, Selbstmord und Tod beschäftigen. Sie sollen Methoden der Deeskalation kennenlernen, sich mit eigenen Gefühlen der Ohnmacht, der Wut und des Ekels auseinandersetzen. Gearbeitet wird mit kreativen Methoden u. a. aus der Kunsttherapie. Es gibt Fallarbeit und Fallvorstellungen.

Diese Fortbildung ist ein Modul innerhalb einer Komplettausbildung Gestaltpädagogik im Umfang von 192 Unterrichtseinheiten. Die Module können auch einzeln gebucht werden.

Termin: 07.06.-09.06.2010, 9.30-16.30 Uhr
Anmeldung: schnellstens erforderlich
Kosten: 250 EUR

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20
kontakt.informationsstelle@imma.de

Wenn Mädchen austicken ... – wie ticke ich dann

Wenn Mädchen körperlich aggressiv werden, kann dies zu kritischen Situationen im pädagogischen Alltag führen. Pädagogisches Selbstverständnis (ruhig und gelassen reagieren) kann unter Umständen mit der Notwendigkeit kollidieren, selbst körperlich aktiv zu werden, um sich und andere zu schützen. Dazu ist es notwendig, einige Grundkenntnisse im Bereich der (geistigen und körperlichen) Selbstverteidigung zu haben. Diese werden in einer Fortbildung für Fachfrauen vermittelt. Darüber hinaus wird besprochen, welche persönlichen Fähigkeiten und strukturellen Bedingungen dazu beitragen können, eskalierende Situationen zu vermeiden bzw. gut damit umzugehen. Konkrete Fälle können gerne eingebracht und bearbeitet werden.

Termin: 18.06.2010, 9.30-17.00 Uhr
Kosten: 50 EUR

Anmeldung: bis zum 28.05.2010
IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20
kontakt.informationsstelle@imma.de

Dokumentation Migration und Krise erschienen

Junge, männliche, prekär Beschäftigte und mit Migrationshintergrund – sie trifft die Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart, so ein Ergebnis einer Tagung zum »Migrationspolitik in Europa im Rahmen der Krise – Rahmenbedingungen und Herausforderungen«, deren Dokumentation soeben erschienen ist.

In der Dokumentation kommen WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen zu Wort, die sich mit den Auswirkungen der Krise auf Migration beschäftigen. Die Dokumentation zum Download:

www.migration-online.de/doku_migration_krise

Dies und Das

Interkulturelle Trainings:

Ein wichtiger Baustein persönlicher und beruflicher Weiterbildung

Fit(ter) im Umgang mit kultureller Vielfalt werden? Das Interkulturelle Kompetenzzentrum beim DGB-Bildungswerk bietet Kurse an, bei denen die TeilnehmerInnen Grundlagen und weiterführende Kompetenzen erlernen: Was ist Kultur? Was ist interkulturelle Kompetenz? Wie kann man erkennen, in welchem Zusammenhang Interkulturalität eine Rolle spielt? Welches kulturelle »Gepäck« bringe ich mit? Welches die anderen? Welche Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Menschen aus verschiedenen Kulturen gibt es?

Dabei lernen die TeilnehmerInnen vor allem, im Berufsalltag sicherer und produktiver mit Vielfalt umzugehen. In Diskussionen, Impulsen, Simulationen und Rollenspielen setzen sie sich mit dem Faktor Kultur auseinander. Mit der qualifizierten Teilnahmebescheinigung können sie nachweisen, dass sie entscheidende Schlüsselqualifikationen für den Umgang mit kultureller Vielfalt besitzen. Es werden Grundkurse, Kompaktkurse und Aufbaukurse angeboten für BeraterInnen, LehrerInnen und MitarbeiterInnen der öffentlichen Verwaltung. Das Kompetenzzentrum konzipiert auch passgenaue Trainings für einzelne Institutionen und führt diese vor Ort durch.

Nachfragen und Anmeldungen bei:

Daniel Weber • Bildungsreferent
Leiter Interkulturelles Kompetenzzentrum
Bereich Migration und Qualifizierung
Tel.: 02 11-43 01-197 • Fax: 02 11-43 01-134
daniel.weber@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

»Hast Du meine Alpen gesehen? Eine jüdische Beziehungsgeschichte«

Unter diesem Titel steht die neue Sonderausstellung im Alpinen Museum des Deutschen Alpenvereins in München. Erstmals in der Geschichte des weltgrößten Bergsportvereins steht die Bedeutung jüdischer BergsteigerInnen und KünstlerInnen, Intellektueller, ForscherInnen und SammlerInnen und ihre Rolle bei der Entdeckung und Erschließung der Alpen als universelles Kultur- und Naturerbe im Rampenlicht.

Gezeigt werden Objekte aus mehr als 40 Sammlungen, beispielsweise: Fotoalben und Ausrüstung jüdischer Bergsteiger wie Paul Preuß und Joseph Braunstein, ein Wanderstock von Sigmund Freud, »jüdisch-alpine« Gegenstände wie eine mit Edelweiß und Enzian bestickte Kippa (Kopfbedeckung). Es gibt aber auch Teile aus Sammlungen renommierter jüdischer VolkskundlerInnen, beispielsweise Spielzeugkühe aus dem Engadin und eine Miesbacher Bauertruhe.

Mit der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, dem Jüdischen Museum München und dem Filmmuseum München präsentiert das Alpine Museum des DAV zudem ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Vorträgen, Lesungen, Filmabenden und Themenführungen.

Die Ausstellung ist bis 27. Februar 2011 auf der Praterinsel 5 in München zu sehen und ist dienstags bis freitags von 13 bis 18 Uhr sowie samstags und sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet. Weitere Informationen auf: www.alpenverein.de

Die Regentrude in der Schauburg

Für ZuschauerInnen ab neun Jahren gibt es im Juni im Theater der Jugend ein großes Märchenspektakel nach einer Erzählung von Theodor Storm.

Eine Naturkatastrophe hat die Menschen fest im Griff. Der Sommer ist so heiß wie noch nie. Ein mysteriöser Feuerwehrmann tanzt über die Felder. Wassermangel, Ernteeinbrüche, alles brennt und verdorrt. In ihrer Machtlosigkeit erinnern sich die Menschen an die Regentrude aus der alten Sage. Sie muss aufgeweckt werden, damit es wieder regnet und die Menschheit überleben kann. Begleitet von Zaubersprüchen, lodernen Flammen und orkanhaften Regengüssen gelangt ein junges Liebespaar schließlich in das Innere der Erde zur Regentrude.

Schauburg – Theater der Jugend
Franz-Joseph-Str. 47 • 80801 München
Tel.: 0 89-23 33 71 55
www.schauburg.net • theater@schauburg.net

Willi und die große Mauer

Für Kinder ab sechs Jahren bietet das Theater Mumpitz die ungläubliche Geschichte eines Dorfes ... so verrückt ..., die so schön ausgeht: Für Willi ist die Welt in Ordnung. Er ist acht Jahre alt und hat wie alle 8-Jährigen wirklich viel zu tun. Am liebsten schnitzt er mit Großvaters Messer kleine Schiffe und lässt sie im Bach des Dorfes auf große Reise gehen. Aber eines Tages wird das Land geteilt und eine große Mauer mitten durch das Dorf gebaut. An diesem Tag sitzt Willi allein in der Schule, denn den Kindern auf der anderen Seite der Mauer ist der Weg zum Schulhaus verwehrt. Willis Eltern schärfen ihm ein, nicht über die Grenze zu gehen, denn es wird geschossen und das erste Opfer ist Elvis, der Hahn. Willi geht trotzdem. Denn er hat noch etwas zu erledigen, drüben auf der anderen Seite.

Mit diesem Stück präsentiert das Nürnberger Kinder- und Jugendtheater eine wunderbare Parabel über die Kraft der Dichtung, die auch für Erwachsene spannend ist.

Theater Mumpitz
Michael-Ende-Str. 17 • 90439 Nürnberg
Tel.: 09 11-60 00 50 • Fax: 09 11-6 00 05 55
info@theater-mumpitz.de
www.theater-mumpitz.de

»Ke Nako – die Zeit ist da!«

Ein südafrikanisches Theaterprojekt

Es geht um den Stolz und das Selbstwertgefühl eines ganzen Kontinents. »Ke Nako, Celebrate Africa's Humanity« heißt das Motto der Fußballweltmeisterschaft 2010: »Es ist nun Zeit, lasst uns die Menschlichkeit Afrikas feiern, wir gehören zur Weltfamilie.« Fußball findet weltweite Begeisterung, die Einheit stiften kann. Auch unter südafrikanischen Jugendlichen ist Fußballspielen ein Lernfeld für Fairness und Teamgeist, ein Mittel gegen Aggression und Gewalt.

Im Frühjahr 2010 besucht die Theatergruppe MUKA/Hlalanthi aus einem sozialen Brennpunkt von Johannesburg Deutschland – auf Einladung der Projektstelle gegen Rechts-Extremismus, und zwar

**am Donnerstag, 20. Mai 2010 um 10.00 - 12.30 Uhr
in Wunsiedel in der Fichtelgebirgshalle.**

Die ehemaligen Straßenkinder haben es sich zur Aufgabe gemacht, Themen wie Gewalt, Kriminalität, Apartheid, Ausgrenzung und Aids durch Theaterspiel ins Bewusstsein zu rufen und dadurch Diskussions- und letztendlich Veränderungsprozesse anzustoßen.

In der Fichtelgebirgshalle Wunsiedel spielt die Theatergruppe für Jugendliche ab der 7. Klasse sowie für Erwachsene, die sich mit Südafrika und den Herausforderungen des Landes beschäftigen wollen. Dramaturgische Mittel wie Trommeln, Tanz und Gesang verstärken die gesprochenen Inhalte des Stücks. Im Anschluss an die Aufführung stellen sich die Spielenden dem Publikum zum Austausch. Dabei wird auch antirassistisches und gewaltfreies Verhalten in unserem Land thematisiert.

Der Eintrittspreis für SchülerInnen liegt bei 1 EUR pro Person, Erwachsene werden um eine Spende gebeten. Dieser Beitrag geht an missio Deutschland und ermöglicht weitere Projekte mit Straßenkindern in Afrika.



Fachtagung

Strategien zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus in der Jugendarbeit

**Freitag, 11. Juni 2010, 11.00 bis 19.00 Uhr
in Nürnberg**

in der Georg-Simon-Ohm-Hochschule, Bahnhofstr. 87, Nürnberg

Veranstalter: Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e. V. • Georg-Simon-Ohm-Hochschule, Nürnberg • BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Nürnberger Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e. V. führt von 2009 bis 2012 das Projekt »Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit in Mittel- und Oberfranken« durch. Neben zwei Fachtagungen finden ab Juli 2010 eine 12-tägige MultiplikatorInnen-Fortbildung sowie Bildungs- und Coachingangebote und ein Forschungsprojekt zum Umgang mit dem Thema Rechtsradikalismus in der Arbeit mit Jugendlichen statt.

Das detaillierte Programm und eine Anmelde-möglichkeit gibt es unter:
<http://tachelesprojekt.de/>



Laufer Gespräche

zur Inklusion / Integration von Menschen mit Behinderung

Das Aktionsbündnis »Laufer Gespräche zur Integration/ Inklusion behinderter junger Menschen« lädt ein zum
Filmabend

»Klassenleben«

mit anschließenden Gesprächen

Termin: **Montag, 7. Juni 2010 um 20 Uhr**

Ort: **LaufIPeg.**, Saarstr. 9, Sparkassensaal, 3. Stock

Moderation: **Prof. Dr. Hans Wocken, Hamburg**

Der Dokumentarfilm von Hubertus Siegert zeigt das Klassenleben der 5d der Fläming-Schule Berlin. Der Film beobachtet und begleitet das Lernen und Leben von SchülerInnen mit ganz unterschiedlichen Fähigkeiten. Dass die einen behindert sind und die anderen nicht, spielt keine Rolle.

So sollte Schule sein! »Klassenleben« wurde 2006 für den Deutschen Kamerapreis nominiert.

jede Woche neue Angebote

schulfahrt.de



SERAPHISCHES LIEBESWERK ALTÖTTING

Das Kinderhilfswerk der Kapuziner in Bayern

Die Stiftung Seraphisches Liebeswerk sucht zum **13.09.2010** für seine staatlich anerkannte private Volksschule

Liebfrauenhaus Herzogenaurach

eine/n **GRUNDSCHULLEHRER/-IN**

eine/n **HAUPTSCHULLEHRER/-IN**

Sie sind auf der Suche nach einer Anstellung bei einer privaten Schule und hätten Spaß daran, das Profil unserer Schule mit uns zusammen weiter zu entwickeln?

Wir bieten die Tätigkeit an einer in einem aktiven Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozess befindlichen christlichen Schule mit einem motivierten Team und eine unbefristete Arbeitsstelle sowie Bezahlung nach AVR, angelehnt an die staatliche Beamtensbesoldung (A 12).

Wir wünschen uns von Ihnen das Interesse, die Motivation und die Kompetenz, handlungsorientiert, projektorientiert und fächerübergreifend zu unterrichten und ein überzeugtes Eintreten für die Bildungs- und Erziehungsziele einer christlichen Schule.

Information/Anfragen/Bewerbungen: www.liebfrauenhaus.de

Private Volksschule Liebfrauenhaus

Erlanger Straße 35 - 91074 Herzogenaurach
z.Hd. Herrn Michael Richter

Telefon: 09132 / 83 66 - 20

Email: schulleitung@liebfrauenhaus.de

Interessante Veranstaltungen ab Mai 2010

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: sg@bayern.gew.de

19.05.10	Übergang Schule – Beruf. Mit Ulli Genghammer, Schulleiter einer Sonderberufsschule in Traunstein, und GEW-Kollegen der Fachgruppe Berufliche Schulen. Eine Veranstaltung der Fachgruppen Grund-, Haupt- und Förderschulen München.	Infoveranstaltung	München DGB-Haus 19.00 - 21.00 Uhr
22.05.10	Modelle für die Zukunft der GEW Bayern. Zukunftswerkstatt für GEW-Mitglieder mit Ilona Deckwerth und Moni Hartl.	Seminar	München DGB-Haus 19.00 - 21.00 Uhr
16.06.10	MSD, KoKI und GTS ... mfg, mit freundlichen Grüßen der CSU. Die CSU auf dem Weg in Richtung Inklusion? Gele Neubäcker, Vorsitzende der GEW Bayern, referiert bei der GEW Aschaffenburg.	Infoveranstaltung	Aschaffenburg Martinushaus 20.00 Uhr
19.06.10	Bildungserfolge für Jungen durch mehr Männer in Bildungsberufen? Mit Katharina Debus und Anne Jenter. Eine Veranstaltung des Landesfrauenausschusses der GEW Bayern. (Näheres s. unten)	Seminar	Nürnberg Gewerkschaftshaus 10.30 - 16.00 Uhr
24.06.10	125 Jahre Bertelsmann – Was geht uns das an? Mit Reinhard Frankl, Mitglied des Landesvorstandes der GEW Bayern. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg.	Infoveranstaltung	Nürnberg Gewerkschaftshaus 19.30 Uhr
25.-26.06.10	ArbeitnehmerIn 50 plus – schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich? * Workshop für Beschäftigte, die 50 Jahre oder älter sind. Mit B. Haas (GEW Baden-Württemberg) und W. Fischer (GEW Bayern). Anmeldung an Susanne Glas bis 17.06.2010, sg@bayern.gew.de	Seminar	München DGB-Haus

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, sg@bayern.gew.de, Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87
** Teilnahmegebühr




Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern

Bildungserfolge für Jungen durch mehr Männer in Bildungsberufen?

Seminar des Landesfrauenausschusses der GEW Bayern

am **19. Juni 2010**, von 10.30 – 16.00 Uhr
in **Nürnberg**, DGB-Haus, Kornmarkt 5-7, Raum 2a, 7. Stock

Geschlechtergerechtigkeit in der Bildung wird derzeit am Beispiel der Benachteiligung von Jungen diskutiert. Allerdings kann empirisch nicht belegt werden, dass der Grund dafür die Dominanz von Frauen in Bildungsberufen ist.

- Sind Jungen wirklich die Bildungsverlierer?
- Was steckt hinter den reißerischen Schlagzeilen?
- Was bedeutet die Diskussion für die Frauenpolitik der GEW?

Es referieren und diskutieren mit uns:

Katharina Debus
Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Dissens e. V., Berlin, Bereich Bildung, Geschlechterverhältnisse

Anne Jenter
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW, Frankfurt, Vorstandsbereich Frauenpolitik

Seminarleitung:
Renate Oehler, Vorstandsteam Landesfrauenausschuss

Anmeldungen bis 10. Juni 2010 an:
GEW Bayern, Susanne Glas, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Tel: 0 89-5 44 08 10, Fax: 0 89-5 38 94 87, E-Mail: sg@bayern.gew.de

Angestellte Lehrkräfte in Bayern – TV-L EGO und die Eingruppierung von Lehrkräften

am **Samstag, 12.06.2010**,
10.30 Uhr - 16.00 Uhr

in **München**, DGB-Haus, Schwanthalerstr 64, Raum Thomas Wimmer, T 003

10.30 Uhr: Angestellte Lehrkräfte in der GEW-Bayern – Einführung und Rückblick
Ilona Deckwerth, Stv. Landesvorsitzende

11.00 Uhr: Die Eingruppierung von Lehrkräften
- Prozedere
- Mitbestimmungsrechte von PR/BR
Referat: Hans Schuster, Landesrechtsschutzstelle

12.00 Uhr: Die Eingruppierungsverhandlungen L-EGO
- ihre Bedeutung
- aktueller Stand
Referat : Ilona Deckwerth

12.30 Uhr: Mittagspause

13.30 Uhr: Arbeitsgruppen (Vorschläge)
- Aktiv Tarifpolitik gestalten mit Max Hufnagel und Manfred Doetsch, BTK
- Staatlich Angestellte (persönliche Fragen zum TV-L) mit Hans Schuster, GEW- Landesrechtsschutzstelle
- Privat/kommunal Angestellte (persönliche Fragen zum TVd) Joachim Peter Graf, GEW München

15.00 Uhr: Plenum:
Perspektiven für die Tarifrunde 2010
Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

16.00 Uhr: Ende der Veranstaltung

Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldung bis 8.6.10:
GEW Bayern, Susanne Glas, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Tel: 0 89-5 44 08 10, Fax: 0 89-5 38 94 87, E-Mail: sg@bayern.gew.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Mai Geburtstag feiern, ganz besonders

Franz Ludwig Kittel, Schweinfurt, zum **91.**

Prof. Dr. Werner Mangold, Erlangen, und **Adam Stupp**, Möhrendorf, zum **83.**

Eva Sengle, Füssen, zum **82.**

Gerlinde Lippmann-Sharm, Nürnberg,

Ingrid Rohn, München, und

Wolfgang Schmidt, Nürnberg, zum **75.**

Ingrid Stark, Nürnberg,

Bärbel Will, Kirchham, und

Prof. Dr. Elmar Treptow, München, zum **73.**

Ernst Gundel, München, zum **72.**

Horst Dorschner, Seefeld,

Rolf Fütterer, Ansbach,

Otto Göbel, Fürth, und

Hans H. Meier-Schermann, Germering, zum **71.**

Walter Bergmann, München,

Dr. Hendrik Bullens, Breitenbrunn,

Horst Krysmanski, Uttenreuth,

Tom Lindner, Murnau,

Matthias von Reitzenstein, Aschaffenburg, und

Dr. Uwe Rust, Nürnberg, zum **70.**

sowie zum **65.**

Monika Fehler, Tutzing,

Waltraud Haury, Lenting,

Anne Kostomlatsky, München,

Peter Fischer, Prien,

Franz Josef Knape, Wolfratshausen,

Klaus Rettig, Bayreuth,

Karsten Rutsch, München,

Peter Schmidt, München,

Gerhard Weiherer, Roding, und

Klaus Wissert, Dachau.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im Mai gilt unser Dank

für **62 Jahre** Mitgliedschaft,

Herwarth Stadler, Peißenberg,

für **55 Jahre** Mitgliedschaft,

Praxedis Aehlig, Deisenhofen,

für **40 Jahre** Mitgliedschaft,

Ingeborg Maier, Röttenbach,

Dr. Manfred Franze, Ebermannstadt,

Dr. Eduard Hertel, Bayreuth,

für **35 Jahre** Mitgliedschaft,

Lilo Baumann, München,

Karin Blazek, Erlangen,

Elisabeth Collien, München,

Meike Riechers-Krüger, Obernbreit,

Gabriele Tellenbach, Berlin,

Elisabeth Trüper, Augsburg,

Ingrid von Engelhardt, Uttenreuth,

Johanna Werner-Muggendorfer, Neustadt,

Daniela Zängler, München,

Hilmar Bauerfeind, Kronach,

Jürgen Gottschewski, Augsburg,

Olaf Gruß, Grassau,

Helmut Jahraus, München,

Peter Johann Lehmann, Veitsbronn,

Konrad Maurer, Burghausen,

Albrecht Prosser, Regensburg,

Dr. Roland Storath, Leinburg,

Günter Ulherr, Lauf, und

Robert Volkmann, Inning.

Lesen lernen kann doch jeder!

Unter diesem Motto steht die Fortbildungstagung der AjuM **am 5. und 6. Juni 2010 in Fulda.**

Neue Wege zur Lesekompetenz in Schule und Bibliothek werden dort diskutiert. Eingeladen sind gegenwärtige und zukünftige MitarbeiterInnen der AjuM, GEW-Mitglieder und alle, denen Les- und Medienkompetenzen von Kindern und Jugendlichen wichtig sind.

Tagungshaus: Bonifatius-Haus Fulda

Neuenberger Straße 3–5 • 36041 Fulda

Telefon: 06 61-83 98-0, Fax: 06 61-83 98-1 36

info@bonifatiushaus.de • www.bonifatiushaus.de

Ansprechpartner: Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien
Wolfgang Anritter • Hermann-Sonnet-Straße 10 • 75181 Pforzheim
wolfgang.anritter@ajum.de

Detailliertes Programm, weitere Informationen und Anmelde-möglichkeit gibt es auf der Homepage der GEW:

http://www.gew.de/Lesen_lernen_kann_doch_jeder.html



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AjuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.AjuM.de (LesePeter) abrufbar.

Im Mai 2010 erhält den LesePeter das Kinderbuch

Hilke Rosenboom: »Olli wird großer Bruder«

Mit Illustrationen von Ute Krause

Boje Verlag GmbH • Köln 2010 • 64 Seiten • gebunden • 9,95 EUR
ab 5 Jahren • ISBN 978-3-414-82097-6

Olli hat nichts dagegen, für ein paar Tage zu verreisen, aber doch nicht sieben Unterhosen lang. Mama will in Ruhe auf das neue Baby warten und Papa hat extra Urlaub genommen, um mit ihr zu warten. Olli soll zum dritten Opa fahren, obwohl die beiden sich nicht einmal kennen. Ob der Opa auch irgendwie übrig ist?

Nach einer Woche ist jedoch alles anders, denn nun wird Olli wirklich ein großer Bruder.

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

Ansbach Termine/Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch u. Vorstandstreff, Mann's Bräu, Friedrichstraße, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karl-Friedrich Schmucker, ☎ 0 95 61/79 92 13, gew-coburg@web.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erding Stammtisch jeden dritten Mittwoch des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr im Bräustüberl Grünbach
Kontakt: Peter Caspari ☎ 0 81 24/92 37, peter.caspari@t-online.de

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: j.d. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70-5 43 04 55

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Hochschule und Forschung Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di jeden 2. Dienstag im Monat, Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>
Kontakt: Jan Bundesmann, jan.bundesmann@gmx.de

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, www.gew-rosenheim.de

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr,
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Gaststätte Naber, Ackerstr. 20, gew_wen-new-tir@gmx.de
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de